

Holzarbeiterzeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitervermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzelle. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf F7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 26

Berlin, den 27. Juni 1931

39. Jahrgang

Was steht auf dem Spiele?

Von Fritz Tarnow

Nicht nur die politische Atmosphäre, auch die finanzielle und ökonomische, ist mit Hochspannung geladen. Die furchtbar schwere und anhaltende Krise hat alle öffentliche Etats über den Haufen geworfen. Alle Einnahmen sind stark zurückgegangen, und die sozialen Ausgaben wachsen und wachsen. Das Defizit des Reiches, der Länder und Gemeinden wird jetzt für das laufende Jahr auf 2½ Milliarden Reichsmark beziffert. Verschlimmert sich die Wirtschaftslage noch mehr, müssen die Defizite noch höher steigen.

Selbstverständlich muss die Regierung Massnahmen zur Ausgleichung des Defizits treffen, denn sie kann nicht sehenden Auges in den Staatsbankrott hineintreiben. Wie sie es in der Notverordnung versucht hat, das ist von so aufreizender sozialer Ungerechtigkeit, dass kein Wort darüber zu stark sein kann. In der letzten Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ ist das Wesentliche darüber gesagt worden.

Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei haben sich auf das angestrengteste bemüht, die Regierung zu einer Abänderung wenigstens der unerträglichsten Bestimmungen zu veranlassen. Mit Ausnahme der Zusicherungen, dass auf dem Verwaltungswege für die Jugendlichen und für die Gemeindearbeiter die grössten Härten beseitigt werden sollen, sind diese Bemühungen erfolglos geblieben.

Die Regierung wies darauf hin, dass ja ohnedem der finanzielle Ertrag der Notverordnung nur 1½ Milliarden betrage und also immer noch nicht einmal das vorhandene Defizit abdecke. Sie wies weiter darauf hin, dass auch von Rechts der heftigste Sturm gegen die Notverordnung eingesetzt habe, weil diese Kreise einen noch viel brutaleren Abbau der sozialen Leistungen kategorisch fordern. Tatsächlich hatte ja auch sogar die volksparteiliche Reichstagsfraktion, obwohl sie zur Regierungskoalition gehört, bereits den Beschluss gefasst, die Einberufung des Reichstags zu fordern, um die Notverordnung und die Regierung zu Fall zu bringen, selbstverständlich mit dem Ziele einer reaktionären Regierung und einer reaktionären Sozialpolitik.

Damit war die politische Krise unmittelbar heraufbeschoren. Sofort zeigte sich aber nun auch, dass dies automatisch und unmittelbar die finanzielle und ökonomische Krise verhängnisvoll verschärfen muss. Die deutsche Wirtschaft hat

etwa 7 bis 8 Milliarden kurzfristige Auslandsschulden, die jederzeit abgerufen werden können. Diese Summen liegen selbstverständlich nicht in irgendwelchen Geldschränken, sondern sind in Produktionsanlagen investiert und können nicht flüssig gemacht werden. Die Auszahlung gekündigter Kredite kann also nur erfolgen, wenn dafür anderweitig Ersatz beschafft werden kann.

Gleich nach den unglückseligen Reichstagswahlen vom 14. September zogen zahlreiche Auslandsgläubiger aus Angst vor einem politischen Umsturz in Deutschland ihre Guthaben zurück. Als der Umsturz ausblieb, trat wieder eine Beruhigung ein.

Wie nervös aber das Ausland die Lage in Deutschland beobachtet, zeigen die Vorgänge der letzten Wochen. Die blosser Ankündigung einer Regierungskrise hat bereits bewirkt, dass ausländische Kredite in einem solchen Ausmasse gekündigt wurden, dass die Reichsbank innerhalb von 10 Tagen rund 1 Milliarde ihres Gold- und Devisenbestandes abgeben musste. Damit ist ihre Reserve, die sie opfern kann, ohne die vorgeschriebene Deckung für die Währung anzugreifen, so ziemlich erschöpft.

Halten die Anforderungen an, muss folgender Zustand eintreten: Die Reichsbank kann die Kreditansprüche der Banken nicht mehr erfüllen. Diese werden dadurch genötigt, ihre Kredite einzuziehen, die sie den Betrieben und öffentlichen Körperschaften bisher gewähren. Zahlreiche Privatbetriebe und Kommunen würden alsbald nicht mehr über die Mittel verfügen, die sie zur Auszahlung von Gehältern, Löhnen und Wohlfahrtsunterstützungen gebrauchen. Was im einzelnen erlebt wurde, dass Betriebe, obwohl sie Aufträge haben, schliessen müssen, weil ihnen der Bankkredit entzogen wurde, das würde bei einer solchen Zuspitzung der finanziellen Lage massenhaft eintreten, und eine sprunghafte, noch weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit wäre eine ebenso sichere Folge wie eine Einschränkung aller sozialen Unterstützungen weit über das Mass der Notverordnung hinaus.

Es hat keinen Zweck, vor dieser furchtbaren Aussicht die Augen verschliessen zu wollen. Diejenigen, die in dieser Situation bewusst auf die Krise und das Chaos hinarbeiten, bereiten ein Verbrechen am deutschen Volke und in erster Linie an

der Arbeiterklasse vor, dessen Folgen kaum zu übersehen sind. Niemand von ihnen, weder die Vertreter einer faschistischen, noch die einer „proletarischen“ Diktatur wären in der Lage, die riesenhafte anschwellende Not bannen zu können, die sich aus einem finanziellen Zusammenbruch unvermeidlich ergeben müsste. Niemand wäre in der Lage, die hungern den Massen satt zu machen, das Abgleiten der Arbeitermassen in noch tieferes Elend zu verhindern zu können, wenn die Wirtschaft weiter einschrumpft. Die Hoffnung, dass man den Kapitalisten soviel abnehmen könne, um damit die Massen satt zu machen, würde sich bald als Illusion entpuppen, denn der Kapitalbesitz besteht im wesentlichen aus Fabrikanlagen, Maschinen und Rohstoffen, die nur dann in Brot umgewandelt werden können, wenn der Betrieb läuft und der wirtschaftliche Kreislauf funktioniert.

Dabei ist nicht der geringste Zweifel möglich, dass nach den gegebenen Machtverhältnissen durch einen Umsturz nur die Reaktion ans Ruder gebracht werden könnte. Mit welchen Mitteln sie die unausbleibliche Empörung der Massen bei einer weiteren rapiden Verschlimmerung ihrer Lage niederschlagen würde, darüber soll man sich keiner Täuschung hingeben. Das wissen auch die Kommunisten sehr genau. Wenn sie trotzdem, Seite an Seite mit Hugenberg und den Nazis, auf den Zusammenbruch hinarbeiten, so entspricht das nur ihrer Natur, die im Chaos das Ziel sieht und über die Möglichkeiten des Weiterkommens nur ganz nebelhafte Vorstellungen besitzt.

Die Gewerkschaften können dazu ebensowenig ihre Hand bieten, wie es die sozialdemokratische Fraktion getan hat. Die Notverordnung ist unerträglich für die Massen, und wenn es einen Weg gäbe, sie sofort zu beseitigen oder zu verbessern, müsste er beschritten werden. Solche Möglichkeiten bestehen aber im Augenblick nicht. Es kann nicht die Aufgabe der Arbeiterbewegung sein, noch viel schlimmere Zustände herbeizuführen und ausserdem die faschistische Diktatur selber in den Sattel zu setzen.

Der Reichskanzler Brüning hat die bindende Zusicherung abgegeben, dass er ernsthaft zu Verhandlungen über Abänderung der Notverordnung bereit sei, wenn die akute Bedrohung der finanziellen-ökonomischen Lage, wie sie im Augenblick besteht, beseitigt ist. Für den

Fall aber, dass sofort eine parlamentarische Beratung, sei es durch Einberufung des Reichstags oder des Haushaltsausschusses, erzwungen werden sollte, hatte das Kabinett bereits seine Demission beschlossen. Es erklärt diesen Beschluss damit, dass die eingeleiteten Kredit- und reparationspolitischen Massnahmen zur Rettung der Wirtschaft und des Volkes illusorisch würden, wenn nicht wenigstens für den Augenblick die politische Krise, das heisst die Aussicht eines Regierungssturzes, beseitigt würde. Man mag diese Erklärung glauben oder in dem Beschluss des Kabinetts nur eine unverantwortliche Sturheit sehen, die Tatsache jedenfalls, dass es bei einer Einberufung des Parlaments zu einem Regierungswechsel mit all den angedeuteten Folgen kommen würde, stand als unabänderlich fest. In politischen Kreisen wusste man auch schon, dass für diesen Fall Hugenberg als Nachfolger Brünings in Aussicht genommen sei.

Das war die Situation, in der die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den gewiss nicht leichten Beschluss gefasst hat, auf die Einberufung der parlamentarischen Instanz im gegenwärtigen Augenblick zu verzichten. Sie hat es getan in dem Bewusstsein, dass bei ihr die Verantwortung für das Schicksal der Arbeiterklasse liegt, und dass zur Zeit jeder andere Weg zu einer Verschlimmerung der Lage führen muss. Der Kampf gegen die unerhörte Notverordnung ist damit nicht eingestellt. Die notwendige Revision ist nur vertagt worden, um zuvor noch schlimmere Gefahren für Existenz, Freiheit und Leben der Arbeiterschaft aus dem Wege zu räumen.

So gefährlich die Situation in den letzten Wochen zeitweise war, so wäre es aber doch eine masslose Übertreibung, sie etwa als „hoffnungslos“ bezeichnen zu wollen. Es ist auch nicht so, als ob sich nun erwiesen hätte, dass wir in eine Überschuldung gegenüber dem Auslande hineingeraten wären. Nicht die Höhe der Verschuldung, sondern ihre kurzfristige Form hat diesen plötzlichen Stoss ermöglicht. Gelingt es, durch eine vernünftige Aussenpolitik das Misstrauen gegen Deutschland zu überwinden, wird es leicht möglich sein, auch kreditpolitisch grössere Sicherheiten herbeizuführen. Ein Abgleiten freilich in ein nationalistisches Regime — das haben die letzten Wochen mit aller Schärfe herausgestellt — wäre der sicherste Weg in die Katastrophe.

Gewerkschaftsprotest gegen die Notverordnung

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Tagung am 20. Juni in eingehender Weise zu der Notverordnung des Reichspräsidenten Stellung genommen. Über die Tagung werden wir in der nächsten Nummer berichten. Das Ergebnis der Aussprache war die einstimmige Annahme der folgenden Entschliessung:

Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes drückt seine Überzeugung dahin aus, dass eine nachhaltige Besserung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands durch die Notverordnung vom 5. Juni dieses Jahres nicht erreicht werden kann. Die Notverordnung steht ausserdem in schroffem Widerspruch zu den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit, sie erfordert nach wie vor den schärfsten Protest der Arbeiterschaft und den entschlossenen Kampf für ihre Abänderung in kürzester Frist.

Angesichts der bedrohlichen Lage, die durch die fortdauernden und umfangreichen Kündigungen von Auslandsguthaben und die zum Teil auch durch Kapitalfluchtbestrebungen bedingten Devisenabflüsse herbeigeführt ist, muss die Sicherung ausländischer Hilfsbereitschaft dringend gefordert werden. Die deutsche Aussenpolitik muss diesem Ziel gewidmet sein.

Dass ausserdem eine weitgehende Erleichterung der Reparationslasten auf schnellstem Wege erstrebt werden muss, wird von den Gewerkschaften nicht erst jetzt betont. Gegenüber anderen Kundgebungen unverantwortlicher Kreise vertreten die Gewerkschaften mit der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland nach wie vor mit aller Entschiedenheit die Forderung einer friedlichen Verständigung. Wirtschaftsnöte in der ganzen Welt verlangen eine internationale Wirtschaftspolitik, die von gegenseitigem Vertrauen getragen und auf gegenseitige Förderung gerichtet ist.

Für das Reich können neue Finanzquellen noch erschlossen werden, wenn fortan verhindert wird, dass alljährlich ungezählte, aus inländischer Konsumkraft gewonnene Millionen für deutsche Rechnung internationaler Truste in das Ausland verbracht und dem deutschen Steuerzugriff entzogen werden.

Es ist an der Zeit, dass Regierung und Gesetzgebung die Übernahme von Handelsmonopolen auf das Reich ernsthaft ins Auge fassen, zum Beispiel für Getreide, Margarine, Tabak, Öl und andere Verbrauchsgüter, deren Rohstoffe im wesentlichen aus dem Ausland kommen.

Solche Reichsmonopole würden die Möglichkeit der Verhinderung von Kapitalabwanderung und neben der Förderung inländischer Kapitalbildung unmittelbare Einnahmequellen schaffen. Durch weiteren Ausbau der Erbschaftsteuer könnte gleichfalls eine Erhöhung der Reichseinnahmen gesichert werden.

Angesichts der brutalen Sparmassnahmen auf sozialpolitischem Gebiet ist es nicht länger zu vertreten, dass die von der überwiegenden Mehrheit als notwendig und unvermeidlich anerkannte Reichsreform hinausgeschoben wird. Zur Verwirklichung dieser Massnahme, die grosse Mittel freisetzen wird, müssen ernste Schritte getan werden. Die Ausschaltung der Gewährung von Pensionen an im Erwerbsleben stehende frühere Beamte und Offiziere müsste in der augenblicklichen Notzeit eine Selbstverständlichkeit sein.

Die seitherige, nur privatwirtschaftlichen Interessen dienende Politik der Subventionen muss verlassen werden. Notwendiger noch ist die sofortige Abkehr von der Agrarpolitik, die den Verbrauch belastet und einschränkt und durch das Streben nach Sondervorteilen für die Landwirtschaft alle Handelsverträge gefährdet. Eine entschlossene Handelspolitik auf der Grundlage der Meistbegünstigung zur Förderung des deutschen Industrieexports ist dringend geboten. Ihr Ziel muss der internationale Abbau der Zölle sein.

Daneben erheben die Gewerkschaften erneut ihre Forderung nach scharfer Kontrolle der Kartelle und Monopole, deren ungesunde Preispolitik, insbesondere auf dem Lebensmittelmarkt, die Lage dauernd verschlimmert; die Forderung nach Erhaltung und Stärkung der Kaufkraft der Verbrauchermassen; nach Verkürzung des Weges der Güterbewegung durch unmittelbare Geschäftsbeziehungen zwischen Produzenten und Kleinverkauf; nach ernsten Massnahmen zur Arbeitsbeschaffung, insonderheit durch zielbewusste Wohnungswirtschaft und eine vernünftige Siedlungspolitik; nach der allgemeinen gesetzlichen 40stündigen Arbeitswoche mit dem Zwang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte aus dem Millionenheer der Arbeitslosen.

Den Kampf um diese nächsten Aufgaben muss die organisierte Arbeiterschaft mit Hartnäckigkeit und Ausdauer unter Anspannung aller Kräfte weiterführen. Wir sind der Treue der Mitglieder sicher, aber wir rufen auch die übrige Arbeiterschaft auf, sich in unseren Verbänden zu vereinigen, um den Sieg über die soziale Reaktion und alle Feinde der Arbeiterinteressen zu erringen.

Interessentenhäufen und einheitliche Klassenfront

Parteilich ist das Bürgertum gespalten in etliche Häufen von Interessenten, die den Angelpunkt der Politik nach ihren verschiedenen unmittelbaren Geschäftsvorteilen bestimmen lassen. Trotzdem kann man die Differenzen im Bürgertum, das in jeder Interessengruppe auch noch mehr oder minder grosse Gruppen von rückständigen Arbeitern und Angestellten im Nachtrab zählt, nicht mit der verhängnisvollen Spaltung innerhalb der Arbeiterschaft vergleichen.

Als Klasse mit arbeiterfeindlichen Tendenzen ist das Bürgertum heute straffer einheitlich eingestellt als früher. Vom Grosskapitalisten bis zum kleinsten Kranten, vom Grossbankier bis zum kleinsten Geschäftelhaber, vom Grossgrundbesitzer bis zum Bauern, alle schwören mit der Regierung auf Lohnsenkung und Sozialabbau als Krisentöter und Wirtschaftsretter. Selbst Handwerksmeister ohne Gesellen wärmen hier mit, um das Geschäft zu leben. Ohne Ahnung, dass jeder Ertrag nach dieser Richtung den Kunden das Portemonnaie leerer macht, ihre Kaufkraft schwächt.

Der Misserfolg der hinter uns liegenden Periode der Lohn- und Gehaltskürzung

und der Verkleinerung der Sozialleistungen hat die Einheitsfront der Gewerkschaften nicht auseinandergerissen. Obwohl die Zahl der Arbeitslosen bei der „Wirtschaftsrettung“ nach dem Muster der Grossindustriellen, Agrarier und Mittelständler mächtig gestiegen, die Produktion weiter gesunken ist. Solche gravierenden Tatsachen berechtigen zu der Überzeugung, dass es dem Bürgertum bei seinem Kampf für noch weitere Schwächung der Kaufkraft, durch Lohn- und Gehaltsenkung sowie nochmalige Verschlechterung der Sozialleistungen, vornehmlich um eine Schwächung des Einflusses der Gewerkschaften zu tun ist. Man spekuliert darauf, dass die Unzufriedenheit der Mitglieder zu einer Flucht aus den Organisationen sich steigern kann, wenn die Gewerkschaften eine Fortsetzung der Abbauaktion nicht verhindern können.

Die Spekulation ist zwar dumm, hat aber für die Spiesser einige Logik, weil sie keine Ahnung haben von der starken Bindung an die Gewerkschaft und vor allem nicht von der Kraft und Macht der Solidarität, die sich gerade in den letzten schweren Auseinandersetzungen mit dem Kapital und den zu leistenden Opfern

so glänzend bewährt hat. Und die von den Stürmerproben weiter geleistet werden, wenn die Situation es erheischt, weil sie wissen, dass ohne ihre Gewerkschaft das Kapital noch viel rücksichtsloser vorgehen würde, und, was das Wichtigere ist, sie wissen: Mit der Gewerkschaft bringen wir den Vormarsch der Reaktion auf einer gewissen Grenze doch zum Stillstand, und dann beginnt ein neuer Aufstieg der Arbeiterschaft, der um so entscheidender und unwiderstehlicher sein wird, je geschlossener die Arbeiterschaft in der gewerkschaftlichen Front dem Ansturm des Kapitals sich entgegenstellt und nachher in der Offensive gegen das Unternehmertum vorgeht.

Schliesslich sind die schlimmsten Feinde in gewissem Sinne aber auch wieder gute Helfer. Das Bestreben der kapitalistischen Kreise, unter allen Umständen die Gewerkschaften zu schwächen, um nach Erreichung solchen Zieles ungenierter und ungestörter die Arbeitsbedingungen diktieren zu können, ist nun so offenkundig, so greifbar deutlich geworden, dass die Erkenntnis dieser Tatsache in verschiedenen Schichten der Arbeiterschaft ernüchternd, aufrüttelnd wirkt, und so für die Gewerkschaft wirbt. Da sind vor allem die Ungeduldigen, jene, die glaubten, mit Wollen, starken Worten, Resolutionen, Beschlüssen die Verhältnisse zwingen, die Arbeiterschaft in unaufhaltsamen Siegeslauf setzen zu können, nun sich jedoch sagen müssen, dass sie mit ihrem Abseitsstehen oder gar mit Bekämpfen der freien Gewerkschaften gerade die Geschäfte des reaktionären, des brutal antisozialen Kapitals besorgt haben. Und noch weiter besorgen, wenn sie nicht schleunigst dort sich eingliedern, wo das Unternehmertum so sehnlichst eine Schwächung herbeiführen möchte.

Auch in jenen Kreisen, die bisher aus Indifferenz den Gewerkschaften zwar nicht feindselig, aber doch passiv gegenüberstanden, dämmert es mehr und mehr, dass sie mit ihrem Verhalten ungewollt Bundesgenossen der von ihnen mittlerweile als ihre bittersten Feinde erkannten Unternehmer sind, sie deren Kampf für weiteren Lohn- und Sozialabbau wider Willen fördern, wenn sie nicht in die Gewerkschaftsfront einschwenken.

Selbst die sehr Beschränkten und die äusserlich wild Gewordenen unter dem Proletariat in Stadt und Land sind nicht alle als für die Gewerkschaft Verlorene zu betrachten. Die meisten von ihnen, rechts wie links, hören nur auf Schlagworte, auf Kraftparolen, die bei ihnen die Vorstellung von Stärke erwecken. Darum haben solche „Argumente“ für sie Beweiskraft. Man braucht dabei den Rest noch vorhandenen Verstandes nicht anzustrengen. Da ist es furchtbar bequem und leicht, stramm revolutionär zu sein. Kann man diese Leute dazu bringen, ihre Denkmachine mal in Betrieb zu nehmen, dann sind sie meistens auch zu gewinnen. Denn schliesslich ist ja nicht viel Verstandeskraft erforderlich, um zu erkennen, dass das Kapital, dass die alten Militärs, die abgetakelten Fürsten usw., die mit Missachtung auf den Arbeiter herabsehenden Grundbesitzer, Fabrikanten, Bankiers, die Bürokraten des alten Systems, dass alle diese Leute, die erbittert dafür eintreten, dass Millionäre steuerlich geschont, Kriegsoffer und Arbeitslose aber weiter geschröpft werden, nicht das Wohl der Arbeiter im Auge haben, sondern Arbeiter nur missbrauchen, um mit deren Hilfe ihre eigensüchtigen Ziele zu erreichen — Privilegien auf Kosten der Arbeiterschaft!

Ob er will oder nicht: wer in Front mit der ganzen reaktionären Gesellschaft gegen die freien Gewerkschaften tobt, ist ein Helfershelfer der Schwerindustriellen, der Grossagrarien und der verkniffenen Zünftler im Kampf gegen die Gesamtarbeiterschaft. Hier hilft kein Wortklauen, kein Verstecken hinter Motiven. Wer die Kampffront der Arbeiterschaft schwächt oder in ihren Bestrebungen lähmt, wer dadurch die Stosskraft des Unternehmertums stärkt, der Arbeiterschaft Opfer aufbürdet, ihr sogar Niederlagen bereiten hilft, ist objektiv ein ebenso schlimmer Feind des Proletariats wie der zielbewusste Kapitalist. Motive machen das Hungern oder Verhungern nicht angenehmer. Auch keine Lohn- oder Gehaltsenkung gewinnt an Geschmack, wenn bei ihrer Durchsetzung Arbeiter als mittelbare Helfer in der Antigewerkschaftsfront mitgeholfen haben.

Wenn irgendwo, dann hat hier das Wort Berechtigung: Wer nicht mit uns ist, ist wider uns! Wer gegen die Gewerkschaften kämpft, aktiv oder auch nur passiv, der kämpft für das Kapital!

Vom Gegner soll man lernen. So heftig das Bürgertum, die Angehörigen kapitalistischer Kreise, in parteipolitisch oder weltanschaulicher Bindung Auseinandersetzungen pflegen mögen, so hart und heftig zuweilen die Kämpfe in den eigenen Reihen, nie und nirgends führt das zu einer Spaltung der kapitalistischen Klassenfront des Unternehmertums. Nie kämpfen Teile des Unternehmertums bei Wirtschaftskämpfen mit den Arbeitern gegen den anderen Teil der Kapitalisten. Diese Tatsache könnte und müsste jedem Arbeiter eine eindrucksvolle Lehre sein. Mögen sich Arbeiter weltanschaulich oder parteipolitisch verschieden binden, als Proletarier, als Klassengenossen, die täglich ihre Kraft zur Verteidigung ihrer Existenzbedingungen einsetzen müssen, unweigerlich an das gleiche Leid, unweigerlich an das gleiche Wohlergehen gebunden, gehören sie in die eine Interessenfront — in die freien Gewerkschaften! W.D.

Noch keine Besserung der Wirtschaftslage in Aussicht

Das Institut für Konjunkturforschung schreibt in seinem Ende Mai abgeschlossenen Bericht, dass der konjunkturelle Abschwung der Wirtschaftstätigkeit sich während der letzten Monate nicht mehr in gleicher Schärfe fortgesetzt hat wie vordem. „Bei den Verbrauchsgüterindustrien trat — in Reaktion auf eine zum Teil sehr weit getriebene Bedarfsstauung — eine geringe Belebung auf. Der Rückgang in der Beschäftigung der Produktionsgüterindustrien hat sich verlangsamt. Auch am Arbeitsmarkt ist ein gewisser Tendenzwechsel eingetreten. Zwar ist die Arbeitslosigkeit nicht in dem saisonüblichen Mass gesunken; der vordem vorhandene starke Zug zu weiterer konjunktureller Verschlechterung besteht aber nicht mehr in gleichem Grad.“

Die Überleitung eines bis dahin einheitlichen Konjunkturabschwungs in eine Reihe von Einzelbewegungen kennzeichnet üblicherweise den Zeitpunkt, von dem ab die Periode schärferer Produktionsrückschläge als überwunden betrachtet werden darf. Gegenwärtig sind aber durch die anhaltende Enge des Kapitalmarkts sowie durch die gespannte Lage der öffentlichen Wirtschaft Faktoren geschaffen, die eine solche Diagnose nicht ohne weiteres zulassen. Dies gilt um so mehr, als die Exportaussichten der deutschen Industrie anhaltend schlecht sind und die Aussichten auf erhöhte Kapitaleinfuhr durch die Beunruhigung, zu der insbesondere die österreichische Bankenkrise geführt hat, noch ungünstiger geworden sind.

Die Voraussetzungen für einen Aufschwung sind jedenfalls nicht gegeben. Produktion und Beschäftigung werden sich vielmehr im verbleibenden Teil des Jahres 1931 weiter depressiv verhalten.“

Die Arbeitslosigkeit ist in den letzten Wochen zurückgegangen, stärker sogar als im Vorjahr, aber dieser Rückgang berechtigt nicht zu grossen Hoffnungen für die nächste Zeit. Sie wären berechtigt, wenn die Bauwirtschaft in Gang käme, damit ist heute aber weniger zu rechnen als noch vor einigen Wochen. „Die Gesamtzahl der Arbeitslosen“, schreibt daher das Institut für Konjunkturforschung, „wird sich im Durchschnitt des Jahres 1931 nicht unbeträchtlich über 4 Millionen, wahrscheinlich bei etwa 4½ Millionen halten. So sehr diese Ergebnisse allem Optimismus widersprechen, den man vielfach in der Beurteilung der Arbeitsmarktentwicklung gehegt hatte, so verkehrt wäre es, auf der anderen Seite für den Winter 1931/32 ein unabsehbares Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Nach den Tendenzen der Konjunktorentwicklung, soweit sie jetzt bereits zu erkennen sind, wird man damit rechnen können, dass sich die Arbeitslosigkeit im kommenden Winter zwischen 5 bis 6 Millionen halten wird.“

Das ist kein schönes Zukunftsbild, das hier entworfen wird. Es ist aber die allein mögliche Schlussfolgerung aus der sogenannten Wirtschaftspolitik der Unternehmer.

Sind das die hohen Löhne?

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ ist eine der übelduftigsten Blüten im Blätterwald der Unternehmerbewegung. Es gibt keine Hetze gegen die Arbeiterschaft — mag sie auch noch so verlogen und gemein sein —, die von ihr nicht eifrig geschürt würde. Aber da die „Arbeitgeber-Zeitung“ selbst in anständigen Unternehmerkreisen nur mit Handschuhen angefasst wird, steht ihre Bedeutung im umgekehrten Verhältnis zu dem grossen Mund ihrer Redakteure und Mitarbeiter — deshalb findet sie hier auch so gut wie keine Erwähnung. Das geschieht nur in Ausnahmefällen. Ein solcher liegt jetzt vor, ein Fall, an dem die Verlogenheit dieser Scharfmacherzeitung ganz klar zutage tritt.

Fast in jeder Nummer jammert und schimpft die „Arbeitgeber-Zeitung“ über die „hohen Löhne“. Aber sie hat sich bisher wohlweislich gehütet, zahlenmässige Angaben über die tatsächlichen Löhne zu machen; in dem Augenblick, wo sie das tut, bricht ihr Schwindel nämlich zusammen. Jetzt ist das Unglück geschehen — der grenzenlose Hass gegen die Arbeitslosenunterstützung hat es verschuldet. Unter der Überschrift „Es lohnt sich nicht mehr zu arbeiten“ lässt sie sich von einem Unternehmer eines grösseren Werkes in der Nähe von Frankfurt (Oder) schreiben, dass ein Arbeiter mit Frau und einem Kinde einschliesslich der Verbandsunterstützung 29,70 Mk. Arbeitslosenunterstützung erhalte, verdient habe dieser selbe Arbeiter bei fünf-tägiger Arbeitszeit 26,47 Mk. Ein Arbeiter mit Frau und zwei Kindern erhalte 30,80 Mk. Unterstützung, sein Verdienst dagegen betrug nur 26,81 Mk.

Wir lassen dahingestellt, ob die angegebene Unterstützungssätze stimmen. Richtig sind aber zweifellos die Lohnangaben. Rechnet man die in fünf Tagen erzielten Löhne in volle Wochenverdienste um, so verdiente der erste Arbeiter 31,78 Mk. und der zweite 32,16 Mk.

Das also sind die „hohen Löhne“, die von der deutschen Wirtschaft nicht getragen werden können! Von diesen „Löhnen“ gehen noch die Steuern und sozialen Beiträge ab, was dann übrigbleibt, sind Hungerlöhne im wahrsten Sinne des Wortes. Die „Arbeitgeber-Zeitung“ und ihr Anhang werden aber nach wie vor über die „hohen Löhne“ schimpfen und jammern.

Die Ministerialbürokratie

Die neue Notverordnung hat allgemein Unwillen und Entrüstung ausgelöst. Es gibt keinen Menschen, der mit der Notverordnung zufrieden wäre, auch nicht ihre Väter, die Reichsminister, die ihre Namen unter das unheilvolle Werk gesetzt haben.

Der „Deutsche“, die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, die gute Beziehungen zum Reichskanzler und zum Reichsarbeitsminister unterhält, lenkt die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, dass „die ganze Konstruktion und die Entwürfe im einzelnen von der Ministerialbürokratie stammen, die uns nun seit geraumer Zeit schon regiert. Ein grosser Teil der Ministerialarbeit besteht im Kampf gegen die Diktatur dieser Ministerialbürokratie, aber schliesslich siegt immer wieder der vereinte Ansturm der sogenannten Fachleute. Alle Referenten der Reichsressorts haben diesmal wieder ihre Schubladen geöffnet für die neue Notverordnung. Und diesmal wie früher hat es einen harten Kampf gegeben, um überhaupt einen Teil von Entwürfen abzulehnen, die auf so billige Weise Gesetz werden sollten“.

Der „Deutsche“ verweist zur Begründung seiner Vorwürfe gegen die Bürokratie auf die Leistungen des Reichsfinanz-, Reichswirtschafts- und Reichsarbeitsministeriums. Von letzterem, dem der ihm besonders nahestehende Minister Stegerwald vorsteht, sagt der „Deutsche“: „Man lese doch nur die Bestimmungen der Notverordnung im einzelnen durch, um die Weltfremdheit zu erkennen. Was an der Arbeit der Brauns-Kommission zu bemängeln ist, das ist vor allen Dingen die Art der Zusammensetzung. Die Zusammensetzung aber ist das Werk der leitenden Beamten gewesen, die sich auf diese Weise ein Rechtfertigungsdokument für ihre Arbeit haben schaffen wollen.“

Der Verfasser des Artikels hat offenbar eine gute Kenntnis von den Vorgängen

hinter den Kulissen. Er bestätigt die angesichts der Ergebnisse naheliegende Vermutung, dass es der Zweck der Brauns-Kommission nicht sowohl war, der Regierung Vorschläge für die Behebung der Arbeitslosigkeit zu machen, als vielmehr die Begründung für die antisozialen Massnahmen zu liefern, die im Reichsarbeitsministerium vorbereitet waren.

Auch sonst dürfte es zutreffen, dass die reaktionäre Ministerialbürokratie in der Notverordnung Orgien feierte. Bei der ordentlichen Gesetzgebung werden die Wirkungen der einzelnen Bestimmungen eines Gesetzesentwurfs in den Ausschüssen sorgfältig nachgeprüft. Und trotzdem unterlaufen oft genug Fehler, so dass die Wirkung einzelner Gesetzesbestimmungen mitunter ganz anders sind, als sich ihre Väter vorgestellt haben. Bei der Notverordnung fehlte die Nachprüfung, und so stösst man immer wieder auf Ungeheuerlichkeiten, welche die Bürokraten durch kluge Wahl der Worte dem oberflächlichen Leser verhüllt haben.

Es ist schon richtig, dass die reaktionäre Bürokratie Bosheiten und Schikanen in die Notverordnung gebracht hat, die deren Wirkung besonders verschärfen. Aber diese Beschuldigung gegen die Ministerialbürokratie ist keine Entschuldigung für die Minister. Man verlangt vom parlamentarischen Minister nicht die völlige Beherrschung der Gesetzestechnik. Er soll nur die allgemeinen Richtlinien geben; diese in die Form eines Gesetzesentwurfs oder einer Verordnung zu giessen, ist Aufgabe seiner Beamten. Der Minister muss die leitenden Beamten, so auswählen, dass er sich auf sie verlassen kann. Dass sich der Minister gegen die Diktatur der Ministerialbürokratie nicht durchzusetzen vermag, ist keine Entschuldigung, sondern eine Anklage gegen den Minister. Bei aller Schuld, die die Ministerialbürokratie auf sich geladen hat, muss aber klar und deutlich festgestellt werden: Die Verantwortung tragen die Minister.

Auch eine Lohntheorie

An der Technischen Hochschule in Aachen wirkt ein Professor Dr. Karl Schreiber, der sich in einem Aufsatz, den die Zeitschrift „Technik und Kultur“ veröffentlicht, über die gerechte Verteilung des Arbeitsertrages äussert. Er schreibt dort:

„Der Ertrag eines industriellen Werkes muss zwischen Leiter, Mitträgern der Verantwortung und Muskelarbeitern geteilt werden. Nach einem unabänderlichen Naturgesetz muss diese Teilung so vorgenommen werden, dass diejenigen, die nichts als Muskelarbeiter sind, die auch nicht das geringste bisschen von Geistesarbeit leisten, der jedesmaligen, durch die fördernde Geistesarbeit der früheren Geschlechter ermöglichten Lebenshaltung des Volkes entsprechend nur gerade leben können. Dieses Naturgesetz der Lohnverteilung ist darin begründet, dass, wie schon oben gesagt, nur die fördernde Geistesarbeit die Besserung der Lebenshaltung des Volkes ermöglicht, während die Muskelarbeiter an dieser Besserung keinen Teil haben. Sie könnten bestenfalls die augenblickliche Lebenshaltung aufrechterhalten, aber auch das wird ihnen nicht gelingen. Da Stillstand Rückgang ist, so wird ihre Lebenshaltung sicherlich zurückgehen. Der Nur-Muskelarbeiter hat auf Grund seiner Muskel-

arbeit nur Anspruch auf eine Lebenshaltung, wie sie die ersten Menschen auf der Erde überhaupt, also vielleicht der Neanderthalmensch besass. Das, um was seine jetzige Lebenshaltung besser ist, verdankt er ausschliesslich der Gutmütigkeit der Geistesarbeiter, die ihm vom Ertrag ihrer Geistesarbeit freiwillig abgeben.“

Gegen so etwas zu polemisieren wäre zwecklos; der Professor, der das geschrieben hat, hat offenbar einen Klaps. Aber es handelt sich nicht um die Phantasie des Insassen einer Nervenheilanstalt, sondern der Professor Dr. Karl Schreiber ist immer noch Lehrer an einer Technischen Hochschule, also einer Anstalt, an der unsere künftigen Wirtschaftsführer ihre Ausbildung erhalten. Wenn man sich das vergegenwärtigt, dann wird die Einstellung unserer berechtigten Scharfmacher verständlich. Sie sind die Früchte der Erziehung von Lehrern wie dieses Dr. Schreiber. Und so etwas muss das Volk, müssen die „Muskelarbeiter“ mit ihren Steuergroschen erhalten.

Kapitalzins und Wohnungsmiete

Die Wohnungsmiete macht einen wesentlichen Teil der Ausgaben der Arbeiterfamilien aus. Zur Zeit sind die Neubaumieten deshalb so hoch, weil die Zinsen für das Baukapital so hoch sind. Gelänge es, den Kapitalzins zu senken, so würden die Wohnungen merklich billiger sein. Über den Zusammenhang zwischen Kapitalzins und Wohnungsmiete machte der Direktor der Hannoverischen Bodenbank, Walter Astor, auf einer kürzlich abgehaltenen Gewerkschaftstagung folgende Ausführungen:

„Der Kernpunkt aller unserer Wohnungsfragen ist die Höhe der Wohnungsmiete. Bei einer mit 60 Prozent vom freien Markte finanzierten Wohnung würde eine Zinssatzsenkung von 1 Prozent für diese Hypotheken eine Mietsenkung um 5,5 bis 7,8 Prozent der Miete ausmachen, das heisst bei 10 bis 15 Mk. Jahresmiete für den Quadratmeter Wohnfläche 0,55 bis 1,17 Mk. Das sind Einsparungen, die wir durch keinerlei irgendwie geartete Rationalisierung oder bautechnische Massnahmen erreichen können.“

Diese Berechnung zeigt deutlich, welche Wirkung eine Zinssenkung auf die Wohnungsmiete haben würde. Obgleich Leihgeld auf dem Weltmarkt billig zu haben ist, müssen für erste Hypotheken in Deutschland noch immer 8 bis 10 Prozent Zinsen gezahlt werden.

Aus der Sozialversicherung

Im Jahre 1930 waren in Deutschland bei den Trägern der Sozialversicherung nach einer Schätzung des Statistischen Reichsamts versichert: 25 Millionen gegen Unfallfolgen, 22,3 Millionen gegen Invaliditäts- und Altersfolgen, 22 Millionen gegen Krankheit und 16,5 Millionen gegen Arbeitslosigkeit. Dazu kommen noch 530 000 Versicherte in der Knappschaftsversicherung und 3,5 Millionen in der Angestelltenversicherung. Alle Versicherungssträger zusammen hatten 1930 eine Einnahme von 6,488 Milliarden Mark und eine Ausgabe von 6,148 Milliarden Mark. Das Gesamtvermögen betrug am Jahreschluss 4,686 Milliarden Mark.

Über die Unfall- und die Invalidenversicherung veröffentlicht das Reichsversicherungsamt soeben einige Einzelheiten. Das

von den Unternehmern in der Unfallversicherung aufzubringende Umlagesoll beträgt für 1930 bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 293 131 974 Mk., bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 89 852 349 Mk. Die Zahl der Versicherten wird bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften auf 11 Millionen (1929: 12,159 Millionen) und bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften auf 14 Millionen geschätzt. Der Umlage lagen 1930 21,355 Millionen Mark zugrunde, 1929 dagegen 22,906 Millionen Mark.

In der Invalidenversicherung betrug die Gesamteinnahme im Jahre 1930 1123 Millionen Mark gegenüber 1235 Millionen Mark im Vorjahre. Auf Beiträge entfielen hiervon 986,4 Millionen Mark, auf Zinsen 82,3 Millionen Mark; den Rest bilden sonstige Einnahmen, von denen die Hauptposten mit 20 Millionen Mark aus den Zolleinnahmen und 21,1 Millionen Mark aus den Lohnsteuerüberschüssen vom Reich zur Verfügung gestellt worden sind. An Strafgebern gingen 0,6 Millionen Mark und an Gewinnen 2,5 Millionen Mark ein. Die Ausgaben sind von 931 Millionen Mark auf 1067,8 Millionen Mark angewachsen. Hiervon nahmen die Rentenleistungen mit 905,8 Millionen Mark den Hauptanteil ein; 1929 erforderten die Rentenleistungen 770 Millionen Mark. Das Anwachsen der Rentenleistungen ist nicht nur auf das Ansteigen der Renten nach Zahl und Höhe, sondern auch auf das sich erst allmählich auswirkende Gesetz vom 12. Juli 1929 zurückzuführen, durch das die Steigerungsbeträge für die Zeit vor dem 1. Oktober 1921 erhöht und der Kreis der Berechtigten erweitert wurden. Die Aufwendungen für freiwillige Leistungen (Heilverfahren, Invalidenhausepflege, Waisenhauspflege) sind gegenüber dem Vorjahre etwas zurückgegangen, nämlich von 97,62 auf 97,45 Millionen Mark. Den Hauptanteil jener Aufwendungen für die freiwilligen Leistungen bilden die zur Abwendung der drohenden Invalidität der Versicherten oder zur Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit eingeleiteten Heilverfahren sowie die in diesem Ausgabenposten miteingefassten allgemeinen Massnahmen zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse der versicherungspflichtigen Bevölkerung mit einem Kostenaufwand von 91,89 Millionen Mark. Auf je 1000 Mk. der Beitragseinnahmen wurden 1930 99 Mk. (1929: 89 Mk., 1928: 73 Mk.) für freiwillige Leistungen aufgewendet. Die Verwaltungskosten betragen 40 Millionen Mk., das sind 4,1 Prozent der Beitragseinnahmen.

Ein Preisausschreiben des ADGB

Gewissermassen als Hilfswerk für die studierende Jugend, zugleich aber auch als sichtbaren Beweis für das Interesse, welches die Gewerkschaften den Akademikern entgegenbringen, die zum Teil unter den schwersten Entbehrungen ihrem Studium obliegen, hat der Bundesvorstand ein Preisausschreiben erlassen. Es handelt sich um die Ausarbeitung von wissenschaftlichen Untersuchungen über Fragen, die geeignet sind, die Beziehungen zwischen der akademischen Jugend und der Arbeiterschaft zu vertiefen.

Das Preisausschreiben stellt folgende Aufgaben: I. Der Meinungsstreit um die Wirtschaftsdemokratie seit dem Hamburger Gewerkschaftskongress. Hierfür sind die Universitätsprofessoren Dr. B. Harnack in Kiel und Dr. B. Kuska in Köln als Preisrichter bestellt. Für die zweite Aufgabe: Wirkungen des modernen Arbeitsrechts auf die Rechtsgestaltung der Sozialversicherung sind Universitätsprofessor Dr. H. Dersch in Berlin und Ministerialdirektor Dr. A. Grieser als Preisrichter bestimmt. Als dritter Preisrichter fungiert in beiden Fällen der Vorsitzende des ADGB, Theodor Leipart. Als Preise hat der ADGB, 4000 Mk. zur Verfügung gestellt, und zwar werden für die besten Lösungen jeder Aufgabe je ein Preis in Höhe von 1000 Mk., 600 Mk. und 400 Mk. ausgesetzt.

Das Preisausschreiben ist an alle deutschen Universitäten, Technischen Hochschulen (einschliesslich Danzig) und Handelshochschulen übersandt worden. Die Studierenden können sich daher über die Bedingungen der Arbeiten, die bis zum 1. Mai 1932 „Eingeschrieben“ an den ADGB zu senden sind, bei ihrer Hochschule informieren.

Hast DU
unter deinen Mitarbeitern und
Bekanntem schon Mitglieder für den
Deutschen Holzarbeiter-Verband gewonnen?



Aus dem Verbandsleben



Mitteilungen des Vorstandes Das Ergebnis der Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress

Bei der in den Verwaltungsstellen vorgenommenen Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. Main wurden die nachbenannten Kollegen mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt:

- Gau
- Ostpreussen: Winkler (Königsberg),
- Stettin: Falkenberg (Stettin),
- Breslau: Kohl (Breslau),
- Brandenburg: Ahlemeyer (Berlin),
- Dresden: Wenzel (Dresden),
- Erfurt: Güth (Erfurt),
- Magdeburg: Naumann (Magdeburg),
- Hamburg: Willers (Hamburg),
- Hannover: Ahlers (Hannover),
- Düsseldorf: Stöver (Düsseldorf),
- Frankfurt: Mischner (Frankfurt/M.),
- Nürnberg: Möckel (Nürnberg),
- München: Koch (München),
- Stuttgart: Barth (Stuttgart),
- Verwaltungsstelle Berlin: Freigang (Berlin).

In dem Wahlbezirk Gau Leipzig hat keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht. Es hat dort eine Stichwahl zwischen den Kollegen Hahn (Leipzig) und Werner (Leipzig) stattgefunden.

Die Stichwahl findet in der Zeit vom 5. bis spätestens 11. Juli statt. Das hierfür erforderliche Material ist den Verwaltungsstellen zugegangen.

Der Verbandsvorstand.

Bauarbeiterschutzkongress

Der am 8. und 9. Juni in Berlin abgehaltene 4. Bauarbeiterschutzkongress wurde mit einer grossen öffentlichen Kundgebung im Reichstage eröffnet. Der Bundesvorsitzende, Leipart, wies in seiner Begrüssungsansprache in grossen Zügen auf die seit dem letzten Bauarbeiterschutzkongress im Jahre 1913 erzielten Fortschritte, aber auch auf die Mängel hin, die dem Bauarbeiterschutz noch anhaften. Von den in grösserer Zahl erschienenen Behördenvertreter nahm als erster Ministerialrat Dr. Krohn im Auftrage des Reichsarbeitsministers das Wort. Aus seinen Ausführungen ist bemerkenswert, dass er unter anderem das Verlangen der Arbeiterschaft nach gleichberechtigter Teilnahme an der Verwaltung der Unfallversicherung als berechtigt anerkannte und die Verwirklichung dieses Verlangens in Aussicht stellte. Auch der preussische Minister für Volkswohlfahrt liess durch den Ministerialdirektor Meyer seine Sympathie für die auf den Ausbau des Bauarbeiterschutzes gerichteten Bestrebungen aussprechen.

Über Zweck und Ziel des Bauarbeiterschutzes referierte sodann der Vorsitzende des Baugewerksbundes, Nikolaus Bernhard. Sein eindrucksvoller Vortrag klang aus in einen Appell an die Bauarbeiter, rücksichtslos den Kampf zur Eindämmung der Berufsgefahren aufzunehmen und so die Gewerkschaften in ihrer Arbeit um den Ausbau des Arbeiterschutzes zu unterstützen.

Die weiteren Verhandlungen des Kongresses wurden im Gewerkschaftshaus fortgeführt. Hier sprach zunächst der Sekretär des ADGB, Robert Sachs, über „Die Entwicklung des Bauarbeiterschutzes“. Seine Ausführungen zielten in der Forderung, dass in die Bauaufsicht endlich einmal System und Ordnung gebracht werde. Vor allem müsse dahin gewirkt werden, dass den Bauarbeitern bei den Trägern der Unfallversicherung ein massgebendes Mitbestimmungsrecht eingeräumt werde. Für die Bauaufsicht sei eine vermehrte Einstellung von Baukontrolleuren aus den Reihen der Bauarbeiter dringend notwendig. Des-

gleichen eine Erweiterung der Befugnis dieser Kontrolleure, damit sie tatkräftig und ohne viel Umstände den Bauarbeiterschutzbestimmungen überall Geltung verschaffen können. Einen instruktiven Vortrag über die Zusammensetzung und Aufgaben der Bauarbeiterschutzkommissionen hielt sodann der Sekretär des Baugewerksbundes, Gustav Wüst.

Der zweite Verhandlungstag begann mit einem Vortrag des beim Vorstand des ADGB angestellten Gewerbehygienikers Dr. Meyer-Brodnitz über das Thema „Erkennung und Verhütung von Berufskrankheiten im Baugewerbe“. Der Vortragende wies darauf hin, dass die Bauarbeiter nicht nur unter den Unfallgefahren und Witterungseinflüssen, sondern auch unter Berufskrankheiten leiden, die vor allem aus der Handhabung mit giftigen Baumaterialien entstehen. Die Verwendung neuzeitlicher Imprägnierungsmittel führe zu hartnäckigen und lästigen Hauterkrankungen. Diese Erkrankungen sind aber nicht entschädigungspflichtig. Sehr stark sind die Zement- und Sandsteinarbeiter der Staublungenerkrankung ausgesetzt. Die Unfallversicherung berücksichtigt jedoch nur die schweren Staublungenerkrankungen. Grosse Gefahren für die Gesundheit birgt auch die neue Arbeit mit Pressluftwerkzeugen in sich.

Schliesslich hielt noch der Leiter der Hamburger Bauhütte „Bauwohl“, Franz Briel, einen Vortrag über „Moderne Baumethoden und die damit verbundenen Gefahren“. Im Anschluss an die Tagung des Kongresses erfolgte ein gemeinsamer Besuch der Kongressteilnehmer in der Bauausstellung.

Wie aus der Tagesordnung ersichtlich, beschäftigte sich der Kongress hauptsächlich mit Fragen, die das Baugewerbe im engeren Sinne des Wortes berühren, dabei wurde aber auch der Schutz der Arbeiter der Baunebengewerbe berührt, zu denen auch Holzarbeiter, insbesondere die Bautischler, gehören. Aus diesem Grunde hatte sich auch unser Deutscher Holzarbeiter-Verband durch einige Delegierte auf dem Kongress vertreten lassen.

Es könnte wundernehmen, dass der Bauarbeiterschutzkongress in einer Zeit veranstaltet wurde, da das Baugewerbe so völlig darniederliegt. Veranlassung zu seiner Einberufung war jedenfalls die grosse Bauausstellung, welche vornehmlich die technischen Fortschritte auf den verschiedensten Gebieten des Bauwesens zeigt. Die Öffentlichkeit auf die gesteigerten Gefahren aufmerksam zu machen, unter denen die Arbeiter des Baugewerbes ihrem Beruf nachgehen, und alle in Betracht kommenden Stellen auf die Notwendigkeit hinzuweisen, dem Arbeiterschutz erhöhtes Interesse entgegenzubringen, war der wichtigste Zweck des Kongresses.

Die Bauarbeiter fordern nicht nur gesetzliche Schutzmassnahmen, eine wichtige Aufgabe ist es, die Beachtung der geltenden Vorschriften zu überwachen und die Kollegenschaft zu deren Durchführung zu erziehen. Das ist das Arbeitsgebiet der örtlichen Bauarbeiterschutzkommissionen. In diesen Kommissionen sollten auch die Vertreter unserer Bautischler mitwirken und dafür eintreten, dass die besonderen Forderungen unserer Kollegen die gebührende Beachtung finden.

Der Fräser ist Facharbeiter

Ein interessanter Rechtsstreit ist durch ein Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 25. April 1931 endgültig entschieden worden. Der Kläger, ein gelernter Tischler, wurde am 2. Januar 1930 bei der „Hanomag“ in Hannover als Arbeiter an der Fräsmaschine eingestellt, und zwar als „angelernter Arbeiter“. Dementsprechend war auch sein Lohn bemessen. Erst während der Beschäftigung im Betrieb erhielt er

Kenntnis von dem Tarifvertrag der Metallindustrie Hannover, in dem es heisst: „Facharbeiter fremder Berufe, wie Maler, Tischler, Klempner, Elektriker, Bauhandwerker usw., werden wie Facharbeiter der Metallindustrie entlohnt, wenn sie Facharbeit ihres Berufs verrichten.“ Daraufhin verlangte er die Nachzahlung der Differenz.

Das Arbeitsgericht Hannover hörte den Obermeister Heinze von der Tischlerinnung als Sachverständigen. Dieser beklagte, dass Fräsarbeiten ursprünglich zum Tischlerhandwerk gehörten. Im Verlaufe der weiteren Industrialisierung sei es aber dahin gekommen, dass auch gewandte Arbeiter die Fräsarbeiten an der Maschine verrichten könnten. Die Entscheidung des Arbeitsgerichts ging dahin, dass die Arbeit an der Fräse Tischlerfacharbeit sei, wenn sie auch von angelernten Arbeitern verrichtet werden könne. Der Einwand der Beklagten, dass der Kläger als angelernter Arbeiter eingestellt worden sei und daher auf den Lohn als Facharbeiter verzichtet habe, schlage nicht durch. Dem widerspreche die Unabdingbarkeit des Vertrages, und überdies wolle der Kläger ja gar nicht verzichten.

Im gleichen Sinne entschied auch das Landesarbeitsgericht Hannover. Es stellte in dem Urteil vom 23. September 1930 fest, dass Fräsarbeit Facharbeit eines Tischlers sei, und zwar gleichgültig, ob solche Tischer alle an einer Fräsmaschine vorkommenden Arbeiten verrichten oder nur bestimmte einzelne. Das entspricht auch dem Mantelvertrag für das deutsche Holzgewerbe, der besagt, dass gelernte Tischler, Drechsler und Stellmacher, die an Maschinen arbeiten, in jedem Fall als Facharbeiter gelten. Die beklagte Firma wurde verurteilt, dem Kläger die Differenz zwischen dem Facharbeiterlohn und dem Lohn des angelernten Arbeiters bis zum Tage der Entlassung, am 13. Mai 1930, zu zahlen, nämlich den Betrag von 121,45 Mk. Das Reichsarbeitsgericht hat die eingelegte Revision zurückgewiesen. Damit ist das Urteil rechtskräftig.

Ehrung der Alten

In origineller Weise hat die Verwaltungsstelle Weimar ihre alten Mitglieder gefeiert. Zu einer ausserordentlichen Mitgliederversammlung wurden die 72 Kollegen, die dem Verband 25 Jahre und länger angehören, besonders eingeladen. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten hielt der Bevollmächtigte, Kollege Grobe, eine Ansprache an die Jubilare und überreichte jedem als Erinnerungsgabe einen Gehstock, einen „echten Ziegenhainer“. Unsere Verbandskollegen, die Stockarbeiter in Bürgel, hatten die Stöcke geliefert. Von den Jubilaren gehören 4 über 40 Jahre, 33 über 30 Jahre und 35 über 25 Jahre dem Verbands an. Dass anschliessend an den Festakt noch manch ernstes und heiteres Wort gewechselt wurde und der „Ziegenhainer“ Anlass zu guten und weniger guten Witzen gab, braucht kaum erwähnt zu werden. Das Ganze war ein sehr gelungener Abend.

Säger in Franken

Die Unternehmer im Lohnbezirk Ober-, Mittel- und Unterfranken haben die Lohnvereinbarung gekündigt und sie verlangten die Herstellung der Löhne vom Jahre 1927, was einen Abbau um 6 Pf. bedeutet hätte. Nach ergebnislosen direkten Verhandlungen fiel der Landesschiedsrichter mit vorheriger Zustimmung beider Parteien einen verbindlichen Schiedsspruch, durch welchen ab 15. Juni der Lohn an der Spitze in allen Ortsklassen um 2 Pf. herabgesetzt wird, nur in der untersten Ortsklasse bleibt er unverändert. Damit beträgt der Vertragslohn der Gruppe A in Nürnberg-Fürth 88 Pf. in der Ortsklasse I bis V 86, 76, 70, 65 und 60 Pf.

Mit Lohngeldern bis zum 26. November fällig

Verbandstag in Holland

Der „Allgemeine Niederländische Bund der Möbelerbeiter, Tapezierer und verwandter Fachgenossen“ hielt in den Tagen vom 6. bis 8. Juni seinen Verbandstag in Amsterdam ab. An dem Verbandstag nahmen 84 Delegierte aus 48 Verwaltungsstellen teil. Ausserdem waren neben dem Vorstand des Verbandes eine Anzahl Gäste als Vertreter ausländischer Holzarbeiterorganisationen anwesend. Unser Verbandsvorstand hatte den Kollegen Heinemann entsandt.

Nach dem Bericht des Vorstandes, der für die Berichtszeit — 1928 bis 1930 — gedruckt vorlag und durch mündliche Darlegungen des Vorsitzenden, Kollegen Lammers, ergänzt wurde, hat sich der Verband seit dem letzten Verbandstage gut entwickelt. Die Zahl der Mitglieder ist in diesem Zeitraum von 4955 auf 6366 gestiegen. Die Mitglieder verteilen sich auf 61 Verwaltungsstellen. Nahezu zwei Drittel der Mitglieder sind Möbeltischler, der Rest verteilt sich auf die kleineren Branchen. Auch der Organisation der jugendlichen Holzarbeiter wurde vermehrte Aufmerksamkeit zugewandt und nach der Aussprache auf dem Verbandstag die Herausgabe einer besonderen Jugendzeitung beschlossen. Die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit nahm im Vorstandsbericht und in der Diskussion einen breiten Raum ein. Auch die kleinen Länder beginnen in der Folge unter den Auswirkungen der europäischen Wirtschaftskrise zu leiden. Das gab dem Kollegen Tarnow, der als Sekretär der Internationalen Union der Holzarbeiter an dem Verbandstag teilnahm, Veranlassung, auf die Notwendigkeit des internationalen Zusammenwirkens der organisierten Arbeiterklasse besonders hinzuweisen.

Der Sekretär des Bundes, Kollege Spaltmann, hielt dann ein gross angelegtes Referat über „Die Entwicklung der Arbeitstechnik in der Möbelfabrikation“. Er schilderte die Veränderungen, die infolge der Technik und besseren Arbeitsorganisation in der Möbelfabrikation zu verzeichnen sind, und wies auf die Produktion in grösseren deutschen Möbelfabriken und deren Absatz in Holland hin, um gleichzeitig an die holländischen Fabrikanten die Mahnung zum Wettbewerb zu richten. Neben einigen Änderungen des Statuts wurde auch die Einführung einer Altersunterstützung beschlossen.

An Stelle des ausscheidenden Hauptkassierers Walop wurde der Kollege Hiestand gewählt. Die übrigen besoldeten Vorstandsmitglieder wurden in ihren Ämtern erneut bestätigt. Der Verbandstag stattete dann dem früheren langjährigen 1. Vorsitzenden des Verbandes und Sekretär der Internationalen Union, Kollegen Woudenberg, den Dank für seine Tätigkeit ab und wünschte ihm auch in seiner neuen Stellung als Generalsekretär der Holländischen Arbeiterpartei den besten Erfolg. Der Verbandstag hinterliess bei allen Teilnehmern den besten Eindruck, vor allem wirkte die Ruhe und Sachlichkeit, mit der die Verhandlungen geführt wurden, ausserordentlich wohltuend. F. H.

Bildhauer in Belgien

Die Not der Bildhauer ist eine internationale Erscheinung. Auch die belgischen Kollegen klagen über das Darniederliegen des Gewerbes infolge der modernen Stilrichtung und der überhandnehmenden maschinellen Produktion. Auf einer in Mecheln abgehaltenen Konferenz der im Bau- und Holzarbeiter-Verband organisierten Bildhauer wurde beschlossen, durch Ausstellungen und andere geeignete Massnahmen für bildhauerischen Schmuck zu werben. Ferner soll durch Einführung der 40-Stunden-Woche (5 Tage), Einschränkung der Lehrlingszahl und Ausdehnung des Heimarbeitergesetzes auf die Bildhauer eine Erweiterung der Beschäftigungsmöglichkeiten angestrebt werden.



Holzindustrie



Industrie für Holzverwertung AG.

Die Industrie für Holzverwertung AG. in Essen-Altenessen, über deren Gründungs- und Entwicklungsgeschichte wir in Nummer 26/1930 der „Holzarbeiter-Zeitung“ ausführlich berichtet haben, sendet uns ihren Geschäftsbericht für 1930. Aus ihm geht hervor, dass diese grosse und angesehene Sperrholzfabrik die Wirtschaftskrise bisher besser überstanden hat als viele andere Branchenunternehmen.

Im Vorstandsbericht wird darauf hingewiesen, dass die Sperrholzpreise infolge des grossen Überangebots einen weiteren Rückgang erfahren haben, so dass eine Besserung der Lage noch nicht zu verzeichnen sei. „Wenn es uns trotzdem möglich gewesen ist, ein befriedigendes Ergebnis zu erzielen, so deshalb, weil unsere Erzeugnisse (Corona-Sperrholz — Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“) wegen ihrer hochwertigen Qualität immer noch einen Markt gefunden haben und trotz mehrfacher Preisherabsetzung der Vorjahresumsatz gehalten werden konnte. Die uns nahestehende Andernacher Sperrholzwerk G. m. b. H. (von den 610 000 Mark Stammkapital dieser Gesellschaft gehören 310 000 Mk. der Industrie für Holzverwertung AG.) nahm inzwischen die erwartete Entwicklung.“ Das „trotz“ im ersten Satz ist nicht recht verständlich, richtig müsste es heissen, weil die Preise mehrfach herabgesetzt wurden, konnte der Vorjahresumsatz gehalten werden. Über die Höhe des Umsatzes wird auch diesmal nichts gesagt, was ein fühlbarer Mangel des Berichts ist.

Der Jahresabschluss der Gesellschaft weist einen Reingewinn von 79 958 Mk. auf; im Vorjahre waren es 100 442 Mk. Aus diesen Zahlen darf mitnichten geschlossen werden, dass 1930 weniger verdient wurde als 1929. Wenn die Abschreibungen in gleicher Höhe erfolgt wären wie im Vorjahre, so betrüge der Reingewinn 149 000 Mk. Im Vorjahre betrug die Abschreibungen 107 492 Mk., im Berichtsjahre aber 178 114 Mk. Das sind für diese Gesellschaft ausserordentlich hohe Beträge. Dazu kommt noch eine Erhöhung der Sonderrücklage um 25 000 Mk., die damit die Summe von 155 000 Mk. erreicht. Ausserdem hat die Gesellschaft noch einen Reservefonds in der gesetzlichen Höhe von 50 000 Mk.; das Stammkapital beträgt 500 000 Mk. Wenn die Industrie für Holzverwertung AG. trotz überreicher Abschreibungen und Sonderrücklagen noch rund 80 000 Mk. Reingewinn nachweisen muss, so zeugt das von einem sehr guten Geschäft. Aus dem Reingewinn kommen 50 000 Mk. gleich 10 Prozent Dividende an die Aktionäre zur Verteilung.

Über Lage und Aussichten seiner Sperrholzindustrie führte Direktor H. Hammers in der Generalversammlung der Gesellschaft unter anderem folgendes aus:

„Mit Frühjahrsbeginn hat sich der Auftragsbestand etwas vergrössert, doch gestattet diese saisonmässige bedingte Belebung keine Schlüsse auf eine anhaltende Besserung, da die Nachfrage sonst um diese Zeit beträchtlich stärker war. Während in den Vorjahren die Möglichkeit bestand, wenigstens auf einige Monate im voraus zu disponieren, ist das Geschäft heute ganz auf den Augenblick gestellt.“

Es darf wohl behauptet werden, dass der starke Rückgang der Preise um 15 bis 25 Prozent im letzten Jahre nicht allein durch die allgemeine Wirtschaftslage, sondern zu einem wesentlichen Teil auch durch die besonderen Verhältnisse in der deutschen Sperrholzindustrie verursacht wurde.

Vergegenwärtigt man sich die Ergebnisse der früheren Jahre, die am Umsatz gemessen selbst den rentabelsten Werken nur einen Bruchteil des Preisrückgangs als Nutzen liessen, so können kaum noch Zweifel darüber bestehen, dass der überwiegende Teil der Unternehmer sehr geraumer Zeit nicht einmal mehr die Selbstkosten erzielt. Die häufigen Zahlungsein-

stellungen, die unter Einbezug der kleineren Betriebe fast ein Viertel der Firmen betreffen, geben dieser Annahme recht.

Trotz dieser grossen Ausfälle hat sich das Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage noch nicht gebessert, weil die meisten der zusammengebrochenen Unternehmen, oft mit Hilfe der geschädigten Gläubiger, verschiedentlich aber auch unter Beistand interessierter Behörden, wiedereröffnet wurden. Die Unterstützung derartiger Betriebe durch Steuererlass oder sonstige Subventionen verdient allerscharfste Kritik. Es ist eine nicht zu ertragende Ungerechtigkeit, wenn die noch rentierenden und richtig geleiteten Unternehmungen in ihrem schweren Existenzkampf auf diese Weise mit ihren eigenen Steuergeldern geschädigt werden. So sehr man das Schicksal eines durch die Krise zusammengebrochenen Werkes, auch im Interesse seiner Arbeiterschaft, bedauert, sowenig dürfen Staat oder Kommune durch Unterstützung dieses Unternehmens die übrigen Konkurrenten benachteiligen, um auch vielleicht bei diesen noch gesunden Betrieben Verluste und Betriebseinschränkungen hervorzurufen und dadurch letzten Endes die Krise noch zu verschärfen.

Eine weitere Vermehrung erfährt die Produktion durch die Vergrösserung verschiedener Betriebe. Selbst Neugründungen sind im vergangenen Jahre noch erfolgt, wobei anscheinend wieder die bekannten Kalkulationen verschiedener Nur-Theoretiker eine Rolle gespielt haben.

Auf der anderen Seite ist der Bedarf infolge der geringen Bautätigkeit und des schlechten Beschäftigungsgrades in der Möbelindustrie weiter zurückgegangen. Verschiedene Abnehmer glaubten, zur Selbsterhaltung des Sperrholzes zurückkehren zu müssen, um wenigstens den Stamm der Arbeiterschaft halten zu können.

Verschiedene neue Verwendungsbereiche, die in Zukunft vielleicht zusätzliche Absatzmöglichkeiten bringen können, sind noch zuwenig aufbereitet, um jetzt schon einen nennenswerten Teil der Produktion aufnehmen zu können.

Die Lage auf den Auslandsmärkten ist ebenfalls wenig befriedigend. Zwar blieb der deutsche Sperrhollexport mengenmässig ziemlich stetig, doch haben sich die durchschnittlichen Verkaufserlöse beträchtlich gesenkt, was sich zum Teil dadurch erklärt, dass der Export in hochwertigen Platten zurückgegangen, dagegen in geringeren Qualitäten gestiegen ist. Im Hinblick auf die hohen Gesteigungskosten in Deutschland, die die heimische Industrie kaum als konkurrenzfähig in billiger Massenware erscheinen lassen, ist dies keine erfreuliche Entwicklung, denn sie lässt bei der ungleich günstigeren Lage der holzreichen Ausfuhrländer eine Verschleuderung von Volksvermögen befürchten.

Allgemein kann festgestellt werden, dass in fast allen Ländern grosses Interesse für beste Ware besteht; eine Befriedigung des Bedarfs wird aber durch die hohen ausländischen Einfuhrzölle unterbunden. Verschiedene Märkte sind der deutschen Ausfuhr neuerdings nach Erhöhung des Sperrholzzolles auf bis zu 50 Prozent des Wertes verlorengegangen, während Zollherabsetzungen unseres Wissens in keinem Lande zu verzeichnen waren. Mehr und mehr wirkt sich das Bestreben aus, aus nationalen Gründen, selbst unter grossen Opfern, eine eigene Sperrholzindustrie heranzuziehen.

Es muss damit gerechnet werden, dass diese übersteigerte Zollpolitik auf die Dauer Gegenmassnahmen der betroffenen Industrien hervorrufen kann. Bekanntlich wird der Grossteil der zur Sperrholzfabrikation benötigten Rohware aus dem Auslande bezogen. Für jede beim Export von fertigem Sperrholz empfangene Reichsmark werden zur Zeit noch 2 bis 4 Reichsmark für Rohmaterialien an das Ausland gezahlt. Da mit jeder Verbesserung der Herstellungs-

methoden auch die Zahl der zur Sperrholzerzeugung geeigneten Rohstoffe steigt und sich somit die Abhängigkeit von einem bestimmten Material verliert, wäre es denkbar, dass in Zukunft die Rohstoffe solcher Länder bevorzugt werden, die auch der Einfuhr der daraus gefertigten Erzeugnisse die Grenzen öffnen.“

Diese Ausführungen können wir im allgemeinen unterschreiben. Richtig ist auch, dass es vielen Sperrholzfabriken sehr schlecht geht, meistens aber durch die eigene Schuld der Besitzer. Sie haben sich beim Ausbau ihrer Werksanlagen nicht von gesunden Geschäftsgrundsätzen leiten lassen, sondern von persönlichem Ehrgeiz. Sie glaubten an der Spitze der ganzen Industrie marschieren zu müssen, obwohl ihnen dazu die fachliche und geschäftliche Tüchtigkeit fehlte. Andere Sperrholzfabrikanten, die bescheidener waren, stehen heute verhältnismässig gut und andere sogar sehr gut da.

Scharfmacherwünsche

Die „Holzindustrie“, das Organ des Arbeitgeberverbandes des Holzgewerbes, versucht ihren Leserschwund dadurch zu beheben, dass sie alle Scharfmacherwünsche fleissig abdruckt. Sie will in der Bekämpfung der Gewerkschaften radikaler sein als alle anderen Unternehmerzeitungen. Helfen wird ihr diese Umstellung nichts. Die „Holzindustrie“ bleibt eine Wochenschrift, die nicht leben kann und — wenigstens vorläufig — auch nicht sterben will. Aber einst kommt die Zeit ... und niemand wird ihr eine Träne nachweinen. Aber solange sie lebt, tun die Herrschaften recht daran, dass sie frei von der Leber weg reden, die Holzarbeiter wissen dann wenigstens, was ihrer wartet, wenn jene einmal allein bestimmen können, wie die Arbeitsverhältnisse geregelt sein sollen.

Aus einer Rede des Fabrikbesitzers Heller in Schmalkalden druckt die „Holzindustrie“ in ihrer Nr. 24 diese Sätze ab:

„In der Arbeiterfrage ist es unerlässlich, dass der noch immer bestehende Tarifzwang abgebaut wird. Ohne diese Änderung ist keine Besserung zu erwarten. Fällt der Tarifzwang, so wird ein besseres Verhältnis vom Unternehmer zur Arbeiterschaft entstehen, denn durch die uns heute auferlegten Fesseln sind Gegensätze hervorgerufen, die uns früher völlig fremd waren. Auch die Arbeiterschaft steht mit dem Unternehmertum in einer Schicksalsgemeinschaft.“

Aus eigenem fügt die Redaktion der „Holzindustrie“ diesen Ausführungen folgendes hinzu:

„Die Gesamtarbeitsverträge dürfen für die Industrie nicht als geeignetes Mittel zur Förderung des Arbeitsfriedens angesprochen werden, solange die Gewerkschaften der Devise des politischen und wirtschaftlichen Klassenkampfes treu bleiben und letzten Endes die Zerstörung der heutigen Wirtschaftsform anstreben.“

Diese Worte beweisen, dass die Holzindustriellen keine Tarifverträge mehr wollen. Im „Gewerbe“ hätten sie sich teilweise bewährt, in „der Industrie“ aber gar nicht“. Fort mit den Tarifverträgen und her mit der „freiwilligen Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“. Wie diese „Verständigung“ aussehen soll, darüber steht in der gleichen Nummer der „Holzindustrie“ folgender Satz:

„Als ich noch Möbelbeizte und polierte, wurde einfach gearbeitet bis 12 und 4 Uhr morgens, wenn etwas fort musste.“

Wie die „Holzindustrie“ über die Löhne denkt, hat sie früher schon wiederholt gesagt: Wenn es nach ihr ginge, würden die deutschen Holzarbeiter noch weniger verdienen als ihre polnischen Kollegen. Arbeitszeiten von 12 bis 16 Stunden, Lohnabbau bis auf den Stand des chinesischen Kultis, Aufhebung der Tarifverträge — das sind die Forderungen, die von der „Holzindustrie“ vertreten werden. Dass diese Forderungen fromme Wünsche bleiben, dafür sorgen die Holzarbeiter „mit und ohne Aktentasche“.

Ferdinand Bendix Söhne AG.

Die Ferdinand Bendix Söhne AG. für Holzbearbeitung in Landsberg (Warthe) hat ihre Zahlungen eingestellt. Über die Höhe des Verlustes liegen genaue Zahlen noch nicht vor, es wird aber davon gesprochen, dass das ganze Aktienkapital von 605 000 Mk. verloren ist.

In der Gläubigerversammlung wurde festgestellt, dass die Gesellschaft bis zum Jahre 1929 einen Umsatz von 900 000 Mk. bis 1 Million Mark jährlich gehabt hat. Im Geschäftsjahr 1930 ging er auf etwa 500 000 Mk. zurück, und in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres betrug er nur noch etwa 140 000 Mk. Dieser starke Umsatzrückgang sei in erster Linie eine Folge des Daniederliegens der Bauwirtschaft; die Firma stellte vornehmlich Bautischlerarbeiten (Türen, Fenster, Holzleisten) her, aber auch einfache Kastenmöbel. Weiter sei sie durch den „Streik von Januar bis Ende April 1930“ schwer geschädigt worden. Dazu ist zu sagen, dass es sich damals nicht um einen Streik, sondern um eine Aussperrung zum Zwecke des Lohnabbaues gehandelt hat. Dass dieser Kampf der Firma schlecht bekommen ist, glauben wir gern, dafür kann sie aber nicht die Arbeiter verantwortlich machen, denn nicht diese waren es, die den Kampf wollten, sondern der Unternehmerverband.

Die Versuche der Gesellschaft, neues Geld zu bekommen, um den Betrieb weiterführen zu können, haben bisher zu einem Erfolg nicht geführt. Im Interesse der Arbeiter würden wir es begrüßen, wenn der völlige Zusammenbruch des Unternehmens verhindert werden könnte. Zuletzt waren noch rund 80 Kollegen beschäftigt, gegen reichlich 200 vor einigen Jahren.

Vereinigte Pinselfabriken AG.

Die Vereinigte Pinselfabriken AG. in Nürnberg hat im letzten Jahre schlechte Geschäfte gemacht. Der Abschluss für 1930 weist einen Gesamtverlust von 184 594 Mk. auf. Der Vorstand der Gesellschaft führt das schlechte Ergebnis auf die ungünstige Entwicklung der allgemeinen Lage zurück. Dazu komme die starke Überproduktion in der Pinselindustrie. „Durch weitere Abbaumassnahmen und Rationalisierung wurden nicht unbedeutende Ersparnisse erzielt, die sich jedoch in dem vergangenen Geschäftsjahre noch nicht in vollem Masse auswirken konnten. Unsere Versuche, die durch Zusammenlegung von Werkstätten entbehrlich gewordenen beiden Anwesen zu veräussern, blieben infolge der schlechten Lage des Grundstücksmarktes ohne Erfolg. Zu den angeführten ungünstigen Momenten kam in diesem Jahre noch ein wesentlicher Konjunkturverlust durch den Rückgang der Rohstoffpreise hinzu. Eine genaue Prüfung unserer Bilanz im Zusammenhang mit den oben geschilderten Schwierigkeiten und der allgemeinen Wirtschaftslage lässt erkennen, dass die bisher eingesetzten Werte den veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprechen und der Berichtigung bedürfen. Um diesem Gesichtspunkt Rechnung zu tragen und um die Ertragsaussichten unserer Gesellschaft mit der Höhe des Kapitals in Einklang zu bringen, halten wir es für notwendig, das Aktienkapital im Verhältnis von 2:1 herabzusetzen. Die durch die Zusammenlegung frei werdenden Beträge sollen zunächst zu Abschreibungen unserer stark entwerteten, zum Teil leerstehenden Fabrikanlagen verwendet werden.“

Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt jetzt 4 800 000 Mk., künftig soll es noch 2 400 000 Mk. betragen. Es ist zu hoffen, dass dieser Kapitalschnitt zu einer Gesundung des Unternehmens führt. Die Vereinigte Pinselfabriken AG. beschäftigt zur Zeit noch rund 250 Arbeiter und Arbeiterinnen, gegen 700 vor einigen Jahren.



Heim und Familie



Unrecht am Kind

Von Hildegard Kowalkowsky

Die Erziehung des Kindes ist in die Hand der Mutter gelegt. Aber sie erzieht das Kind nicht allein. Bei vielen Müttern herrscht der Aberglaube, dass das Kind bei ihr in einer Art Weltfiliale lebe. Die Welt der Grossen kenne es noch nicht, in die träte es erst „hinaus“, wenn es aus der Schule entlassen sei, wenn die Lehre beginne. Die Mutter gibt sich ohne Frage viel Mühe, ihr Kind recht lange vor allem möglichen zu behüten. Sie teilt sein Leben ein in Abschnitte, und nach ihrer Meinung lebt das Kind auch in Stufen. Wehe, wenn das Kind in ein noch nicht kalendermässig fälliges Gebiet einzudringen versucht. „Das verstehst du noch nicht“, „dazu bist du noch zu klein“, „wenn du älter bist, dann kann ich dir das sagen, was du da jetzt schon wissen willst“, so werden ungezählten Kindern die Fragen „beantwortet“, die sie nach des Lebens Sinn und Werden stellen. Die Kinder versuchen nun ihr Glück bei Gleichaltrigen, und die Schulpausen und der Nachhauseweg, die tun das übrige.

Jedes Kind fragt einmal seine Mutter, wo es denn gewachsen sei; etwa zwischen dem dritten und dem sechsten Lebensjahr, wenn es zum Bewusstsein seines Ichs kommt. Voraussetzung allerdings ist, dass die Mutter das Kind nicht von Anbeginn her belogen hat mit dem Storchmährchen. Diese Verlegenheitslüge erkennt das Kind bald und belastet es ganz ungeheuerlich. Der Trost des Alltags lässt uns das nur nicht so zum Bewusstsein kommen. Zwar haben wir Grossen das alles mehr oder weniger stark am eigenen Leibe durchmachen müssen, aber wir vergessen zu rasch, zu gründlich. Die allgemein übliche Auffassung von „Sittē“ und „Moral“ beherrscht uns derartig, dass wir das seelische Wohl unserer Kinder darüber unbeachtet lassen. Wir glauben, wir seien selbst unbeschadet darüber weggekommen, obwohl sich das unserer Beurteilung entzieht.

Die Heuchelei der Eltern erzieht das Kind seinerseits zu Heuchelei. Desgleichen die schlechtespielte Nichtzuständigkeit der Schule für menschliche Geschlechtsfragen. Alle Kinder schauspielern ihren Eltern die gewünschte Unwissenheit vor.

Aber es hat gehört ... o, wenn Eltern wüssten, was ihre Kinder von ihnen „wissen“! Beim Lesen dieser Zeilen wird vielleicht manche Mutter ausrufen wie jene Proletarierfrau nach einem Vortrag „Nein, mein Kind ist bestimmt nicht so verdorben!“ Nun, die Mütter kennen eben leider ihre Kinder nicht. Wohl aber glauben die Kinder, wenn man ihnen nun so in den Schulpausen die ersten „Aufklärungen“ hat zuteil werden lassen, dass sie aber nun gründlich ihre Eltern durchschaut hätten. Also sowelche sind das! So, darum also immer das Getue mit dem Schämien; einmal aufgeschnappte Bemerkungen, damals als unverständlich ins Unterbewusstsein geschoben, tauchen auf, scheinen erklärt, gewinnen riesenhafte Bedeutung, zeigen die Mutter vor allem in einem Scheine massloser Unanständigkeit, bezossen mit „Sünde“, von der doch in der Religionsstunde so viel die Rede ist. Die vermeintliche Erkenntnis belastet die Zehnjährigen, vergiftet ihr Denken, hat mit einem Schlage alle Liebe zu den Eltern in Abscheu verwandelt und zwingt sie trotzdem, so zu tun, als sei alles beim alten. Eltern können oft die plötzliche Verwandlung ihrer Kinder nicht begreifen, sie schieben die Schuld auf die Schule und gehen am Nächstliegenden einfach vorbei. Denn ihr Kind wird doch nicht so unanständig sein.

Tatsächlich lassen die Leistungen in der Schule in dieser Zeit des Erkennens nach Unachtsamkeit und schlechtes Lernen gehen Hand in Hand, es schlägt sich mit Plötzlichem herum, die keine zu sein brauchen, der unverständige Grosse schickt sie auf Entdeckungen im längst entdeckten Land.

So bringt der Erwachsene den Kleinen in einen Zustand, der geradezu eine Art

Krisis bedeutet. Das ist der Zeitpunkt, in dem alle Kinder gefährdet sind. Die Entscheidung über den Ausgang kann kein Mensch vorher berechnen, die Umwelt spricht da ein starkes Wort mit. Zu allem Überfluss stellt auch die Mutter durch ihr besorgtes Herumfragen dem Kinde neue Klippen auf, denn es sieht im Augenblick in der Mutter ein unwahrhaftiges Geschöpf, das seinen Trotz heraufbeschwören muss. Trotz und Verstocktheit des jungen Menschen sind aber nichts anderes als eine Art Notwehr.

Es ist ein sehr schwieriges Geschäft, an einen so zugerichteten Zehn- oder Zwölfjährigen heranzukommen. Das Misstrauen gegen die Eltern wird ohne weiteres auf jeden anderen Grossen übertragen. Der verheiratete Lehrer, und wenn er gar Kinder hat, er ist einfach unten durch.

Manche Eltern wären dankbar, wenn ihnen das Geschäft der Aufklärung von der Schule abgenommen würde. Andere halten es für unsittlich, wenn ein Lehrer z. B. im Naturkundeunterricht ein Wort „zuviel“ sagt. Wenn sie dann aber selbst eines Tages die Zeit für gekommen erachten, so ist es längst zu spät. Es ist möglich, dass ein sichtbarer Schaden nicht eingetreten ist. Haben sich aber die sogenannten „schlechten Angewohnheiten“ bereits eingestellt, so ist die Klopfpeitsche, ein sehr beliebtes Kurmittel, ganz und gar nicht am Platze. Da kann nur mehr der Arzt helfen.

Falsche Scham hält viele Eltern zurück von dem Gang zum Arzt, sie quälen sich und das unglückliche Kind weiterhin, und ein grosses Stück Schuld trifft doch sie selbst, keineswegs das Kind. Das ist nur auf der Suche nach Klarheit in eine unnötige verfrühte Erregtheit hineingedrängt worden.

Eine bedeutende Pädagogin hat in Zusammenarbeit mit einem Arzt von ihren Schülerinnen in den letzten Jahrgängen Fragen aufschreiben lassen, die die Kinder bedrängten. Da wurde zwölfmal die Frage nach der Ursache der Periode gestellt, elfmal nach der Entstehung der Kinder, weiter wurde gefragt nach der Ursache der Totgeburten, der Kinderlosigkeit, der Wechseljahre und so weiter. Die Eltern dieser Kinder bilden sich vielleicht heute noch ein, ihre Kinder ahnten noch nichts vom Leben und seiner Ursache, sie glaubten noch an das alberne Märchen vom Storch. Diesen Kindern wurde Aufklärung in sachlicher und verständlicher Form gegeben, und kein Kind ist auch nur andeutungsweise auf die Idee gekommen, die „Sache in den Schmutz zu ziehen“, wie das von grossen Leuten so gerne behauptet wird von Kindern, denen jemand etwas „davon“ erzählt habe.

Alle sogenannte Aufklärung wäre ganz und gar überflüssig, wenn man das Kind früh hineinwachsen liesse in das natürliche Geschehen. Aufzuklären braucht man ja bekanntlich nur da, wo vorher eine Unklarheit bestanden hat, und wir wissen ja nur zu gut, dass man beim Kinde künstlich diese Unklarheit schafft, um seine eigene Unsicherheit dahinter zu verbergen. Natürliches Denken ist uns nur darum so schwer, weil wir in einer ganz unnatürlichen Luft, in einer erkünstelten Weltanschauung zu leben gezwungen sind, die wir noch dazu fälschlich mit dem Worte Kultur belegen. Die Geheimnistuerei vor den Kindern ist schlimmes Gift, von dem die Phantasie des Kindes krank werden kann.

Es ist keine Kunst, den Kindern das eigene Werden zu erklären, wenn man nur offen und wahrhaftig mit ihnen umgeht. Durch unsere Ehrlichkeit sind sie am besten gefeit gegen die heimlichen Vergehen, die Schulkinder untereinander begehen. Nur durch Vertrauen haben wir das erzieherische Übergewicht. Ihr Vertrauen zu uns muss so unerschütterlich sein, dass ihnen das andere nichts anzuhaben vermag.

Man braucht einem Vierjährigen auf seine kindlichen Fragen weder den Geschlechtsakt noch den der Entbindung wissenschaftlich zu erklären. Man soll auch nicht mehr beantworten, als was sie im Augenblick wissen wollen. Aber nur nicht weit aus-

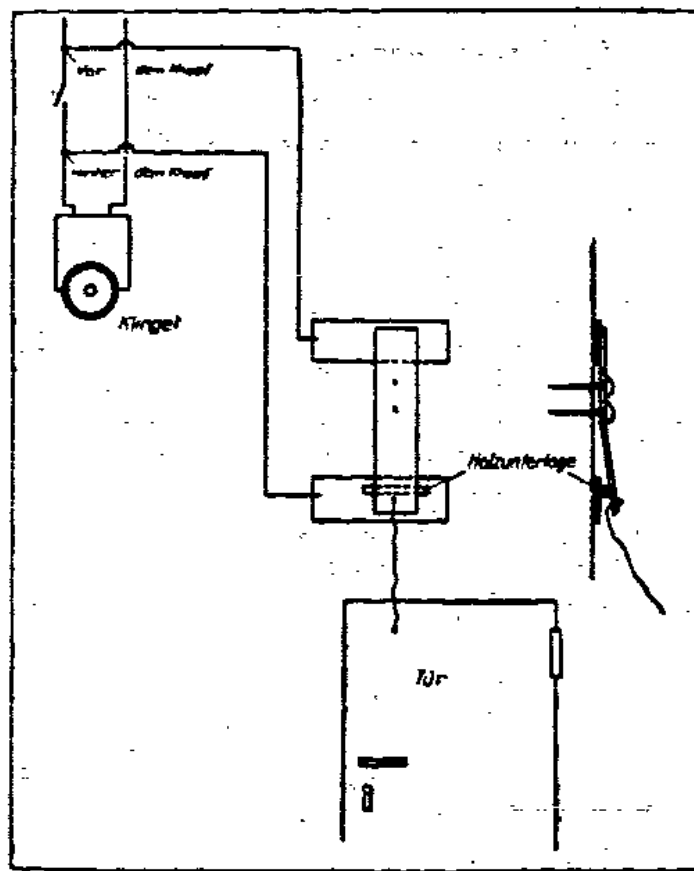
holen. Sofort werden sie stutzig, auch schon die Kleinsten. Mit Selbstverständlichkeit, Einfachheit und ohne sonderliche Wichtigkeit dem Kinde sagen, was es wissen will. Jede, aber auch jede felerliche, mystische Verbrämung ist nicht nur überflüssig, sondern schädlich.

Das Unrecht, das an uns in dieser Beziehung getan wurde, das wollen wir an unseren Kindern wieder gutmachen. Und machen wir uns frei von der Einbildung, als seien wir die einzigen, die unsere Kinder erziehen. Tatsächlich aber könnten wir die einzigen sein, denen das Kind unbedingt und restlos traut. Vertrauen ist der beste Vermittler.

Eine Alarmvorrichtung

Die Schwachstromklingelanlage ist in ihrem Aufbau allseitig bekannt. Sie besteht bei Anschlüssen an ein Hausnetz nur aus dem Klingelkasten und zwei Zuleitungsdrähten, wozu bei solchen mit eigener Stromquelle ein oder zwei Elemente hinzukommen. Die Verwendung der Klingelanlage zu Signalzwecken ist weitverbreitet, dass sie aber auch gleichzeitig durch einfache zusätzliche Umänderung in eine Alarmvorrichtung umgebaut werden kann, ist wenig bekannt. Und doch wird es an vielen Orten erwünscht sein, eine einfache, billige und sicher wirkende Alarmvorrichtung zu besitzen, die das unerlaubte Öffnen von Haus-, Boden-, Garten- und Ladentüren kontrolliert und anzeigt und dabei als Daueralarmvorrichtung wirkt.

Die nachfolgende Beschreibung dieser Anlage soll mit der beigefügten Abbildung die Anleitung zur Selbstanlage geben.



An die vorhandenen Leitungen der Batterie oder des Hausnetzes werden zwei Verlängerungen (Klingelleitungsdraht, Litze) angeklemt oder angelötet. Der in der Abbildung vom Klingelkasten rechts abgehende Draht stellt die Erdleitung dar, der linke die stromführende Leitung, die, wie gezeichnet, durch den Klingelknopf unterbrochen ist; beide Leitungen unterscheiden sich in der Farbe der Isolierung. Eine Leitung wird also unmittelbar am Klingelkasten angeschlossen; den anderen Anschluss vor dem Klingelknopf erreicht man nach Entfernung des Klingelknopfrettes vor der Tür. Die angeschlossenen Leitungen führen an eine Stelle über der Schlossseite der zu sichernden Tür, die so hoch liegt, dass man sie, und zwar aus Sicherheitsgründen, nicht ohne Leiter erreichen kann. Zwei vorher angefertigte Messingblechstreifen von etwa 10 mal 30 Millimeter und einer Stärke von 1 bis 2 Millimeter werden in dieser Höhe in einem Abstand an der Wand befestigt und mit je einem der beiden Zuleitungsdrähte durch eine Lötstelle verbunden. Die Messingblechstreifen kann man an der Wand befestigen, ohne Löcher dafür vorgesehen zu haben, und zwar mit Blaustiften, von denen man zwei unten bis zur Blechstärke einschlägt, das Blech darin lagert und nun oben einen weiteren Blaustift einschlägt. Ein dritter Blechstreifen, der jedoch leicht federn

muss, aus Messing- oder Stahlblech hergestellt, wird mit zwei Löchern für Nägel versehen und an der einen unteren Kante mit einem weiteren Loch für die Befestigung eines Zwirnfadens. Diese untere Aussenkante wird angefeilt, so dass eine Schneidkante entsteht, durch die später der Zwirnfaden durchgeschnitten wird. Dieser Blechstreifen wird, wie in der Zeichnung angedeutet, über den beiden vorher angebrachten Messingstreifen befestigt, mit einem dünnen Zwirnfaden versehen und dessen anderes Ende an einem an der Tür oben angebrachten Nagel befestigt.

Zur Herstellung des Normalzustandes — Alarmvorrichtung ausgeschaltet — klemmt man, wie aus der Zeichnung ersichtlich, ein Streichholz oder etwas Ähnliches unter den federnden Blechstreifen, der damit von dem unteren Messingblech abgehoben wird. Dadurch ist der Stromkreis unterbrochen, die Klingel befindet sich im Ruhezustand.

Wird jetzt die Tür geöffnet, dann spielt sich folgender Vorgang ab: Der vor der Tür mitgenommene Zwirnfaden strafft sich, wenn seine lose Länge verbraucht ist und hebt dabei den federnden Blechstreifen hoch; dadurch wird das beigelegte Streichholz frei, fällt nach unten, der dünne Faden zerreisst an der scharfen Blechkante, und der federnde Blechstreifen schnellt auf das untere Messingblech. Die Folge davon ist, dass der Stromkreis im Moment geschlossen wird, wodurch die Alarmvorrichtung ausgelöst ist und das Läutewerk so lange in Tätigkeit bleibt, bis die Verbindung wieder durch Zwischenklemmen des heruntergefallenen Streichholzes unterbrochen wird oder der Strom gänzlich verbraucht ist. Wenn die ganze Vorrichtung, ausgenommen die leitenden Stellen, die sorgfältig blank sein müssen, mit passender Tapete überklebt wird, dann kann man sie für unauffindbar fast unsichtbar machen. Die Höhe der angebrachten Messingstreifen lässt einen ungewollten Eingriff von fremder Hand sowieso nicht ohne weiteres zu. Durch geschicktes Abpassen der Zwirnfadenlänge lässt sich diese Alarmvorrichtung auch für Korridortüren verwenden, wenn man die Wohnung verlässt, und zwar dann, wenn der Zwirnfaden gerade so lang ist, wie es die für das Durchschlüpfen knapp geöffnete Tür erforderlich macht.

H. S.

Praktische Winke

Um Zwiebeln leichter schälen zu können, giesse man kochendes Wasser darüber. Wenn man sie dann sofort schält, dann tränen die Augen nicht.

Tomaten zu Salat soll man möglichst schälen. Man lege die Tomaten in eine Schüssel heissen Wassers, lasse sie einige Sekunden darin, nehme sie dann mit einer Gabel heraus und ziehe die Schale ab, was auf diese Weise sehr leicht zu bewerkstelligen ist. Ehe man sie zerschneidet, lasse man sie abkühlen.

Das Plätten der Umlegekragen ist eine schwierige Angelegenheit. Meistens werden sie nämlich so fest aufeinandergebügelt, dass der Halsstreifen der Krauwatte beim Einlegen beschädigt wird. Will man das vermeiden, so empfiehlt es sich, zwischen die Kragenwände einen weissen Flanellstreifen zu legen. Dann ist das Bügeln nicht mehr imstande, den Kragen zu sehr zusammenzupressen.

Zur Reinigung der Rohrmöbel ist Seifenwasser das beste Reinigungsmittel. Man setzt die Sessel in eine grosse Wanne und bürstet das Rohr mit heissem Seifenwasser ab. Dann spült man die Möbel tüchtig mit klarem Wasser ab. Es empfiehlt sich auch, die nassen Möbel zu schwefeln. Zu diesem Zweck behängt man die Sessel mit grossen Tüchern und zündet auf einer darunterliegenden Schaufel oder auf Ziegelsteinen Schwefelfäden an. Die Schwefeldämpfe, die durch die Decken zusammengehalten werden, durchziehen das Rohrgewebe und rufen eine bleichende Wirkung hervor. So behandelt, erscheinen die Rohrsessel wie neu.



Unterhaltung und Wissen



Stromer-Franz Skizze von Al Fred Nauck

Die Kinder, die soeben in hellen Scharen die Schule verliessen, deuteten mit den Fingern nach ihm und riefen laut: „Stromer-Franz“ — „Stromer-Franz!“ Und der Keckste der Buben begann ein Spottliedchen zu singen, und jubelnd fiel der ganze Chor ein, dass es nur so die Dorfstrasse entlang schallte:

Voll Dreck sind deine Schuhe,
Sie sind nicht heil und ganz.
Die Hose ist zerrissen — zerrissen!
Du bist der Stromer-Franz!

Und „Stromer-Franz“ — „Stromer-Franz“ schrie und johlte es jetzt von allen Seiten, und der Herr Lehrer, der im schwarzen Bratenrock seinen mutwilligen Zöglingen folgte, wehrte ihnen nicht.



Inzwischen schritt der Mann, dem alle Ovationen zugebracht waren, der „Stromer-Franz“, das bärtige Gesicht finster und tiefgeseukt, dem Ausgang des Dorfes zu. Nicht rechts und links schaute er dabei. Schwer stützte er seine hagere Gestalt auf einen derben Knotenstock, und die eingefallene Brust keuchte in kurzen, schnellen Zügen. Ein ganz leises, wehes Lächeln zog sich um die Mundwinkel, und seine Lippen formten unverständliche Worte.

Die Buben und Mädels folgten ihm in einiger Entfernung, lachten und sangen und schrien ihm seinen Spottnamen nach: „Stromer-Franz“, und immer wieder „Stromer-Franz“. Allmählich verlief sich die Jugend, und der Mann ging in Ruhe weiter. Heiss brannte die Mittagssonne, kein Lüftchen regte sich.

Auf dem Gutshofe hatte ein neuer Knecht Arbeit gefunden. Der Franz, wie er sich nannte, tat bald unverdrossen seine Pflicht und hatte wenig Umgang mit dem übrigen Gesinde. Wenn er nach Feierabend in sauber gebürstetem Anzug aus dem Hofe dem nahen Walde zuschritt, stiessen die Dorfmädchen sich an und kicherten. Und die Männer nannten ihn den „Duckmäuser“ und „Spintisierer“ oder gaben ihm noch andere, hässlichere Namen.

Franz achtete darauf kaum. Am Tage bis tief in den Abend hinein schaffte er in der Scheuer oder auf den weiten Feldern, und abends ging er in die Dunkelheit hinein, nach „seinem“ geliebten Walde und hing seinen Gedanken nach. Bald kümmerte sich niemand um ihn, und man liess ihn gewähren.

Eines Tages aber wusste die alte Wittib Melke, das „Kräuterweibel“, etwas ganz Merkwürdiges im Dorfe zu erzählen. Sie hatte im Walde Beeren gesammelt und wegen eines plötzlich eintretenden Unwetters in einer kleinen Forsthütte Schutz gesucht. Inzwischen war die Dunkelheit hereingebrochen, und im Begriffe, die Hütte zu verlassen, hörte sie, zu ihrem nicht geringen Schreck, Stimmen. Vorsichtig hatte sie darauf aus dem halbblinden Fensterchen gespäht und ganz deutlich den Franz mit noch einem sehr verwahrlost aussehenden Menschen erkannt. Beide hatten ein lebhaftes und erregtes Gespräch geführt, wobei der Fremde von dem Franz etwas zu verlangen schien. Endlich gab ihm dieser einige Geldmünzen, worauf sich der fremde Mann entfernte. Der Franz hatte hinter ihm traurig mit dem Kopf geschüttelt und war dann auch gegangen.

Diese Geschichte bot den Dörflern und den Gutsleuten manchen Unterhaltungsstoff. Der Inspektor, der die Sache auch erfuhr, liess den Franz sogleich kommen und fragte ihn, was es mit dem Menschen, mit dem er sich im Walde getroffen, für eine Bewandnis habe. Der Franz hatte bei dieser Frage seine Verlegenheit nur schlecht verbergen können, dann aber die Antwort verweigert. Auch der Gutsherr vermochte nichts aus dem Knecht herauszubringen. Ärgerlich über soviel Halsstarrigkeit wollte er den Franz im ersten Zorn entlassen, dann aber verbot er ihm, den Wald nochmals ohne Begleitung zu betreten.

Der Knecht fügte sich und sass jetzt nach getaner Arbeit in seinem Stübchen, ernst und in sich gekehrt, den Blick durch das Fenster auf den Wald gerichtet.

Kirchweih im Dorf. Schon am frühen Morgen schmetterte Musik durch die stille Dorfstrasse und erinnerte die Dörfler an die Bedeutung des heutigen Tages. Am Nachmittag war auf dem Anger grosser Betrieb. Da knallten die Büchsen, ein Karussell drehte sich zu den arg verstimmt Tönen einer Drehorgel, und die Buben und Mädchen trieben allerlei Allotria.

Die Feststimmung war auf ihrem Höhepunkt angelangt. Unter Stampfen und Schreien drehte sich die Jugend im Tanze, und die Alten hielten sich an Kaffee und Kuchen und tauschten Jugenderinnerungen.

Plötzlich — ein vielstimmiger Schrei — eine rote Lohe stiess empor — wirbelnd quoll schwarzer Rauch nach. Der Gutshof brannte. Alles schrie und rannte durcheinander. Einige besonnene Männer liefen nach dem Spritzenhaus, polternd raste die Spritze die Strasse entlang.

Man konnte wenig ausrichten. Einiges Vieh zog man aus den Ställen, die Dreschmaschine konnte geborgen werden. Alles andere, auch das Herrenhaus, brannte nieder. Bis in die Morgenstunden des nächsten Tages züngelten die Flammen zum Himmel empor.



In dem allgemeinen Wirrwarr hatte niemand darauf geachtet, dass der Franz bei dem Herannahen der Spritze mit langen Schritten über die Felder dem Walde zugestremt war. Er folgte der Spur, die in dem weichen Ackerboden deutlich sichtbar war.

Die Suche nach dem Brandstifter war zunächst ohne Erfolg. Endlich konnte die Polizei in einem Nachbardorf ein verdächtiges Individuum verhaften, das schon seit längerer Zeit dort wohnte und seinen Unterhalt aus unbekanntem Mitteln bestritt. Bei dem Verhör stellte es sich heraus, dass der Verhaftete laufend Zuwendungen von einem Knecht auf dem Gutshofe erhalten habe. Darauf verhaftete man auch den Franz und sagte ihm auf den Kopf zu, dass er das Feuer angelegt habe. Franz leugnete, doch sein Leugnen half nicht, als der andere Häftling diesen Verdacht ausdrücklich bestätigte. Bei diesem Verhör war es sehr dramatisch zugegangen. Man hatte die beiden gegenübergestellt und verlangte, dass die schwerwiegende Beschuldigung wiederholt werde. Mit weit geöffneten Augen und nicht zu verbergender Erregung hörte Franz die Worte des anderen. Nur einmal hatte er aufgeschrien: „Aber Paul, Paul!“

Widerspruchslos liess er sich abführen, seine Schuld schien erwiesen, zumal er von der Stunde an jede weitere Auskunft verweigerte.

In dem bald darauffolgenden Prozess erhielt Franz eine langjährige Zuchthausstrafe.

Die untergehende Sonne warf lange Schatten auf den grünen Waldesrand. Langsam erhob sich „Stromer-Franz“ und ging mit schweren Gliedern die Strasse entlang — immer weiter. Er stand jetzt ganz allein. Sein Bruder Paul, der an dem Unglückstage den Brand in die Scheuer geworfen, um sich an Franz zu rächen, war längst verdorben, gestorben.

„Stromer-Franz“ riefen die Kinder, wenn er sich in den Dörfern der Umgegend blicken liess, „Stromer-Franz“, „Stromer-Franz!“

Mit einem wehen Lächeln hörte er diesen Namen — — —

Wir fahren um die Welt

Von Kurt Offenburg

(Fortsetzung aus Nr. 24 der „Holzarbeiter-Zeitung“.)

Unterwegs nach Java.

Ich bin froh, dass die Singapore-Hitze hinter mir und wieder frische Meerbrise um mich ist. Nur zwei Tage wird die Fahrt bis Batavia dauern. Es ist Spätnachmittag, wie wir in die Riouwstrasse kommen: die Landschaft ist von der üppigen und gefährlichen Schönheit, wie nur die Tropen sie gebärt. Dicht bewaldete Inseln, grün, treibhaushaft blühend, aufquellend. Unberührt von Menschenhand.

Am Morgen, wie ich auf Deck komme und nach den paradiesischen Inseln sehen will — da ist's vorbei mit der Unberührtheit. Gewaltige Röhungen breiten sich um die sauber angelegten Reihen der Kokospalme. Koprä, das ist (ausser Gummi) die grosse Zauberformel im Osten; einer der wichtigsten Handelsfaktoren. Am Ufer sind die Dörfer der Eingeborenen sichtbar. In einiger Entfernung davon die Verwaltungsgebäude der Faktorei. Rotbraun schauen die Dächer zwischen dem betäubenden Grün der Wälder hervor.

Diese Nacht haben wir den Äquator passiert. Aber es wurde kein Aufhebens davon gemacht, kein Theater, wie auf den Passagierdampfern, die zwischen Europa und Südamerika fahren. Hier draussen sind die Massstäbe andere als bei der üblichen Atlantikfahrt!

Bald werden wir in der Java-see sein; es dauert nicht mehr lange, bis wir aus der Bancastrasse heraus sind. Und in zwei Monaten, dann werde ich durch den anderen, den grösseren Teil der Javasee fahren: wenn es über Celebes nach Australien geht.

Auf dem Tropenschiff.

Der Passagierdampfer, auf dem ich jetzt fahre, ist 5000 Tonnen gross und gehört einer holländischen Gesellschaft, der mächtigen KPM, Koninklijke Paketvaart Maatschappij.

Mit Ausnahme der Offiziere besteht die Besatzung aus Malaien und Chinesen. Matrosen, Heizer, Trimmer, Kabinen- und Tischstewards: alles Farbige. Die Malaien, klein, zierlich, still. Wenn Nr. 7 mir etwas bringt und ich sage: „Prima kassi“ („Besten Dank“), dann lächelt er leise. Es mag ihm komisch vorkommen, dass ein Orang poeti, ein weisser Mann, Danke sagt. Da doch alle anderen nur immer „Boy!“ brüllen. Sie verstehen kein Wort holländisch, geschweige englisch. Jede Bestellung muss man aufschreiben. Dann laufen sie davon mit kleinen, raschen Schritten, und die weiten schwarzen Pluderhosen schlenkern wie ein Fastnachtsanzug um ihre braunen Knöchel.

Das Klima in Formt nicht allein den Charakter, es bestimmt auch die wirtschaftlichen Massnahmen. Die ökonomische Seite: Diese farbigen Besatzungen, sie sind billiger und auspruchloser als der Weisse. Aber — und dies darf nicht übersehen werden —

der Malaie oder Chinese eignet sich besser für die Tropenfahrt; er leidet nicht unter der Hitze. Gewiss: Auf deutschen Schiffen oder den englischen Postdampfern wäre kein farbiger Steward denkbar, selbst nicht in den Tropen. Ausserdem ist die Einstellung der Niederländisch-Indischen Regierung zum Eingeborenen eine andere als die des Engländers: menschlicher und — vernünftiger.

Sonnenspiel und Einsamkeit.

Eben hat es von der Brücke viermal geglast. Mittag. Wie die Sonne langsam ihren Stand ändert, wechselt die Farbe des Wassers. Meergrün . . .

Einmal in diesem Leben sollte man eine Fahrt machen können und nichts anderes schreiben müssen als nur über die Farbenspiele der Meere — in den verschiedenen Tages- und Jahreszeiten — und die Sonnenuntergänge. Einmal Dieses Buch könnte zärtlicher und inniger, glühender und heroischer sein als jeder Roman.

Meergrün . . . Jetzt erst weiss ich, wie Grün aussieht. So voll war es nicht in der Adria, so leuchtend nicht im Atlantik, noch nicht einmal in der Strasse von Florida hatte es diese Gewalt. Willst du Farben unverfälscht sehen, von keinem Schatten getrübt, von keinen Reflexen gedämpft — dann komme hier hinaus.

Aber eines ist notwendig, das Glück der Seefahrten zu geniessen: soweit als möglich für sich selbst leben; nicht vom Morgen bis in die Nacht mit allen Passagieren zusammenhocken. Du gewinnst, bist du allein, nicht nur Zeit für dich und die Arbeit; du gewinnst mehr: die Natur. Glaube mir: in guten Stunden war die Verbundenheit mit der Natur — mit See und Himmel, Wolken und Sternen — so stark, dass die Umwelt von Schiffsräumen und Passagieren nicht existierte. Nur ein grosses beglückendes Gefühl war lebendig — als wäre ich der einzige Mensch auf dem weiten Meer.

Java — voraus!

In einer Stunde wird das Schiff in Tandjong Priok, dem Hafen von Batavia, sein. Die Passagiere rennen aufgeregter herum, besorgt um ihr Gepäck, bestürmen den Zahlmeister mit sinnlosen Fragen. Ich habe mich „aus dem Staube gemacht“: Mögen die Passagiere für sich nervös sein. Hier oben im Rauchzimmer ist es menschenleer. Und wie ich jetzt, in dieser klaren Morgenstunde, mir Rechenschaft gebe über das bisher Gesehene, muss ich gestehen: Aus der Ferne sehen die Länder schöner aus, haben die Städte einen grossartigeren Namen — Port Said, Colombo, Singapore, Johore, wie sich das anhört! — als im Erlebnis der Wirklichkeit. Ich muss ehrlich sein gegen mich und gegen dich, Leser.

Deshalb frage ich mich, kaum zwölf Meilen von Java: Wird Insulinde halten, was es verspricht? Vielleicht sind die Erwartungen nur so hoch, die Vorstellungen so falsch Ja, weshalb? Weil die meisten Bücher über diese Länder von Leuten geschrieben wurden, die nicht den Mut hatten, das Hässliche hässlich und das Langweilige öd zu finden. Die fremdartige Umgebung, die braunen Menschen, die ungewohnten Lebensverhältnisse: Dies alles macht, um es brutal zu sagen — „den Kohl nicht fett“. Die Wunderstädte und die Wunderländer — wo sind sie? Wenn neben einem Buddha-Tempel in Colombo eine Benzinstation, im „übertraffenen“ Kandy der schöne See von einem geschmacklosen Hotel flankiert wird — ich könnte ein Dutzend solcher Disharmonien aufzählen — ist das noch Wunderland und Wunderstadt? Wer spricht noch von westlicher Unberührtheit? Die falschen Bücher, sie impfen die falschen Vorstellungen ein.

Das Polizeiboot kommt eben längsseit. Ich muss hinunter in den Speisesaal, den Pass abstempeln lassen.

Von heute an, und die nächsten Wochen, sind wir in Java: Komm mit — wir wollen uns das Land ansehen, die Menschen, die Verhältnisse, in denen sie leben.

Bücher und Zeitschriften

Alle hier angezeigten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Familie Markert. Roman in zwei Bänden von Karl Schröder. Verlag: Der Bücherkreis G. m. b. H., Berlin SW 61. Preis beider Bände 9,60 Mk.

Taumel niedersticht. Erschütternd die Darstellung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen. In sinnbildlicher Weise gehen zwei Paare nebeneinander durch das Buch, die Liebe und Ehe gleichzeitig und doch so verschiedenartig erleben: die einen bis zum selbstmörderischen Ende, die anderen zum inneren Aufstieg. Alles in allem ein eindringlich geformtes neues Stück echter sozialistischer Dichtung.

Die Derwischrommel. Von Arnold Höllriegel. Das Leben des erwarteten Mahdi. 384 Seiten. In Halbleder gebunden. Volksverband der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2.

Tabellen für jedermann. Ein praktisches Nachschlagewerk für alle Fragen des täglichen Lebens von Arthur Wagner. 36. bis 50. Tausend. 88 Seiten. Taschenformat. Preis 1 Mk. und 15 Pf. Porto. Verlag Gebrüder Jänecke, Hannover. — Die Schrift bringt

auf verhältnismäßig engem Raum eine Unmenge von Angaben, Zusammenstellungen, Statistiken, Tabellen, die für das tägliche Leben von Wichtigkeit sind: die verschiedenen Rechenarten, Multiplikations-, Zinseszins-, Renten-, Amortisationstabellen, Algebra, Geometrie, Dinormen, Astronomisches, Gerichtsgebühren, Rechenlehre, chemische Formeln, Steuern und die Sozialversicherungen. Alles in allem, für geringen Preis eine Unmenge wertvoller Stoffe.

Heize wirtschaftlich in Ofen und Herd! Hauswirtschaftlicher Lehrgang des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit. Heft 4 behandelt „Kachelöfen und Kachelherde“, Heft 5 „Eiserne Öfen und eiserne Herde.“ Preis je Heft 50 Pf. — Noch ist nicht die Zeit, wo die Wohnung wieder geheizt werden muss, aber allzu lange dauert es nicht mehr. Die paar Sommermonate vergehen immer sehr schnell. Dann kommt der Herbst, wo die Plage mit den Öfen schon anfängt, um im Winter fast unerträglich zu werden.

Nationalsozialismus und Beamtentum. Von Doktor Helmut Klotz. Verlag der AP-Korrespondenz, Berlin NW 87, Siegmundshof 12. Preis 50 Pf. — In dieser Schrift kommen die massgebenden Führer der Hitlerpartei höchstselbst über Theorie und Praxis nationalsozialistischer Beamtentumspolitik zu Worte. Tatsache wird an Tatsache gereiht, und so erhält man ein klares Bild über die Ziele der Nazis hinsichtlich ihrer Beamtentumspolitik.

Uranla, Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft. Mit den ständigen Beiblättern „Soziales Wandern“, „Der Leib“, den Liedbeigaben und den vierteljährlich beigegebenen Buchbeigaben. Bezugspreis für drei Hefte und broschürte Buchbeigabe 1,60 Mk. im Vierteljahr. Probefeste stellt der Urania-Freidenker-Verlag in Jena auf Wunsch gern zur Verfügung.

Der Standpunkt der Opposition. Unter diesem Titel gibt die Zeitschrift „Der Klassenkampf“ ein Sonderheft heraus, das sich mit dem Ergebnis des sozialdemokratischen Parteitag in Leipzig beschäftigt. Preis des Heftes 20 Pf. Verlag der Laubschen Verlagsbuchhandlung, Berlin W 30.

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwing, Jena. Verlag Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena. Bezugspreis 3,60 Mark im Vierteljahr.

Technik für Alle. Monatshefte für Technik und Industrie. Preis für drei reichillustrierte Hefte und eine Buchbeigabe 2,25 Mk. im Vierteljahr. Einzelhefte kosten 75 Pf. Verlag Dieck u. Co., Stuttgart.

Organisiertes Kapital. Von Heiner Lotze. Mit vielen Tabellen und Aufstellungen. Urania-Freidenker-Verlag, Jena. Preis 1,50 Mk., in Ganzleinen gebunden 2 Mk. — Das Buch behandelt die Kapitalkonzentration, ihren Umfang, ihre Bedeutung und die Grenzen ihrer wirtschaftlichen Macht. Es ist eine gute Einführung in die Formen der Wirtschaft unserer Tage.

Verantwortlicher Schriftleiter: M. Kayser, Berlin. Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

Gegen Hornhaut

Süßneraugen, verdirbt Hornhäuten an Händen und Füßen hat sich „Leofin“ als sauberes und bequemstes Mittel zur gründlichen Beseitigung aller harten Haut-Wucherungen bestens bewährt.

Preis-Abbau Dieseltieren

Anker-Uhr versilbt, mit Goldrand und gut vergold. Kavalierkette oder Nickelkette u. Kapsel 5,35 Mk. 2 Jahre schriftliche Garantie! „Estra“-Uhren, Halle a. d. S. 30

Original-süddeutsche Hobelbänke 74 Mark,

2 m hintere Blattlänge, Stahlspindel, Werkzeug-Neuheiten. Preisliste gratis und franko. Otto Bergmann, Berlin-Lichterfelde-West.

Gegen ühles Mundgeruch

„Ich will nicht veräulen, Ihnen Mitteilung zu machen, daß ich fett dem Gebrauch Ihrer Zahnpaste „Chlorodont“ nicht nur reine, weiße Zähne beibe, sondern auch den bei mir sonst üblichen Mundgeruch verloren habe. Ich werde Ihr Chlorodont aufs Beste empfehlen.“

Kollegen! Werbt für das Fachblatt für Holzarbeiter!

Es kostet für Verbandsmitglieder beim Bezuge durch die Ortsverwaltung viertelj. nur 2 Mk. Buchhandelspreis viertelj. 3 Mk.

Original-süddeutsche Hobelbänke 74 Mk.

Die Qualität, 200 cm hintere Blattlänge, kompl. mit Stahlspindel, ab südd. Station. Garantie für jede Bank. Abbildungen u. Werkzeugkatalog gratis. M. WALTHER / Dresden-N. Rehefelder Strasse 53

Herrn-Anker-Uhr nur 3 Mark

2 Jahr Gar. versilbert, Goldr., 30 stügl. prima Werk genau regul. nur 3 Mk., kleiner, besser. Werk nur 6,40 Mk. Neuzähl. 2 hint. Deckel nur 10 Mk. echte Nickelkette nur 1 Mk. Uhren-Kasse, Berlin SW 29 (15)

Die Franz Denner: arbeitssparende Wohnung

Zweckmäßige Formen für Wohnung und Hausgerät. Architektur u. Technik mit Geleit v. Marie Juchacz, M.D.B. Preis für das mit vielen Abbild. ausgestattete Werk 4 RM. Für Mitglieder kostet das Werk durch die Verbandsstelle bezogen zu beziehen durch: Verbandsanstalt des Deutschen Holzarb.-Verbandes GmbH, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

Tischler-Fachschule Köthen

Ausbildung zu Meistern, Technikern usw. = Prospekt gegen Rückporto

Schöne Intarsien für Möbel, Schatullen

Maxim. Weiß Leipzig, Köhlstr. 28.

Leimöfen, Furnierböcke

fabriziert als Spezialität. Preisl. gratis. Paul Ott, Stuttgart, Hermannstrasse 13.

Hobelbänke 65 RM

2 m lg., kompl., Stahlsp., Ia Qualität, Blatt beste ged. Rotb. Preisl. gratis. Karl Ramisch, Pirna, Artilleriekasernen

EISU Stahl-BETTEN

Schlaf-Holz- Zimmer Stahlmatratz., Kinderbetten, Chaiselong. Polster an jed. Teilzahlung. Katalog 217 fr. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thüringen)

Der junge Tischler

Seine Erziehung zu wahrhaftigem und schönem Schaffen 174 Seiten mit 137 Abbildungen von Heidrich und Weber Zweite Auflage (4.—8. Tausend) Gebunden in Ganzl. 8.M.

Organisationspreis 5 M.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, GmbH, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2

Direkt aus erster Hand

beispiellos billig

- 140 Schweißsocken kräftige Qualit. grau, nicht einlaufend stark wollhaltig 0.50 0.75
106 Herr.-Hemden, weiß kräftiger Trikot, mod. Einsätze, Halsw. 35 bis 42 1.75
143 Arbeiter-Hemden Ia. Barch.-Qual., bunt kariert, 120 : bis 130 cm lang, gut verarbeitet, Halsweite 35—44 2.95
122 Sporthemden mit festem Krag, u. Krawatte, hochmodern, vorzügl. Hemdenstoff, Halsweite 34—45 3.90
218 Frauenhemden kräftiges Hemd-Tuch m. Stickerei für norm. Größe mit Achselchluß sogen. Vollachsel 0.95 1.85
169 Frauenstrümpfe uns. Hausmarke „Florseta“ Starkflor, jahrelang erprobte Qual., m. 4 facher Sohle, schwarz und alle Modifarben. Schuhgr. angeben 1.95
162 Mako-Schlupfhosen garantiert zweifädig, bewährte Qualität in allen Modifarben. Gr. 42—46 1.75

40 Jahre Spezialhaus

Versand gegen Nachnahme Verpackung wird nicht berechnet. Ab Mk. 15,- portofrei. Garantie: Voller Betrag zurück, wenn Ware nicht gefällt. Spez.-Katal. gratis u. franko

HEFRO HERMANN & FROITZHEIM FRANKFURT A. M. 28

Bleistifte und Maßstäbe

Table with columns for item number, description, and price. Items include Bleistift Nr. 275, 284, 498, 305, 618, 282, 1250, Apollo, Kopierstifte, Farbstifte, Signierkreide, Graphitstifte, and Maßstäbe Nr. 907a, 907b, 1076a, 1076b, 1086a, 105b, 2032, 2082.

Die Preise gelten nur beim Bezug durch die Verwaltungsstelle sonst erfolgt Lieferung nur gegen Voreinsendung des Betrages

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2 / Postscheckkonto: Berlin 283 97 (D.H.V.)

Echt ULMIA Putz- und Doppelhobel, 4,95 M. Andere Werkzeuge auf Anfrage Versand per Nachnahme Loop, Reichelt, Löbau (Sa.).

MÖBELTEILE Simse, Bogen, Schnitzereien, Leisten, Füße, querfourn. Leist. f. Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer und Küchen, Zimmer-Abbild. 20 Pfennig in Briefmarken, b. Bestellung erfolgt Gutschrift. PAUL KELLER Leipzig C 1, Königstrasse 7

Billige böhmische Bettfedern! Kresssagen 80 Mk., Bandsagen 220 Mk., Abrieche, 300 Mk., Dicktenhobelmasch. von 275 Mk. an. Fräsmasch. 75 Mk., Hobelbänke und Zwingen, Motoren, Werkzeuge, Riemen, Reparat. spottb. Wildi Kluge, Berlin, Andreasstr. 32

Sprechmaschinen-Laufwerke

zum Selbsteinbau, Ia Doppelschneckenfederwerk nur 11,50 Mark Tonarme, Trichter, Schalllöcher und Teller in grosser Auswahl sowie Regulator-, Tisch- und Hausuhrwerke zum Selbsteinbau, nach Katalog, der gratis und franko versandt wird von Robert Husberg, Neuenrade (Westfalen) Nr. 10

Für Einmachgläser nur Breuer's Salizyl-Pergament Nur echt in gelben Rollen mit dem Namen Breuer

Sonderangebot in Berufskleidung!

- Nr. 51 Blaue Arbeitsjacke mit Stehkragen, 2 Taschen, aus bestem, indigo-echtem Blautuch, schwere Sorte 2,75
Nr. 52 Blaue Körperjacke mit Stobkragen, 2 Taschen, aus extra starkem, indigo-echtem Blaukoperdrell 3,35
Nr. 54 Blaue Körperjacke mit Umlegekragen, 1 Brusttasche, 2 Seitentaschen, extra starker, indigo-echter Blaukoperdrell 3,75

WASCHEFABRIK ANSBACH 20, MITTELFR.

Billige böhmische Bettfedern! 1 Pfund graue, gute geschlossene Bettfedern 80 Pf., bessere Qualität 1 Mk., halbweisse laumige 1,20 Mk., und 1,40 Mk., weisse laumige, geschlossene 1,70 Mk., 2 Mk., 2,50 Mk., 3 Mk.; feinste geschlossene Halbflaum-Herrschaffsfedern 4 Mk., 5 Mk., 6 Mk., Rufffedern, ungeschlossene, m. Flaum gemengt, halbweisse 1,75 Mk., weisse 2,40 Mk., 3 Mk.; allerfeinsten Flaumruff 3,50, 4,50 Mk. Versand jeder beliebigen Menge zeitfrei gegen Nachnahme, von 10 Pfd. an franko. Muster und Preisliste kostenlos. S. Benisch in Prag XII, Amerika ulice Nr. 180, Böhmen.

Knaurs Gesundheits-Lexikon 2,85 Mk. Herausgeber: Dr. Med. Josef Lohel. Ein- und Zweifach der Körper, Ernährung, Hygiene, Psychologie, Sprechlehre, Erste Hilfe, Unfälle, Sport, Reisen, u. s. w. in 5150 Stichwörtern, 650 Abbildungen und Artikel, in Ganzl. geb. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarb.-Verbandes G. m. b. H. / Berlin SO 16 / Am Köllnischen Park 2